

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
2. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonntags und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 15931.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M. Pfg., für einen Monat R. M. 1.70, ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbeiträge nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Volontäre. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Briefliche Anzeigen 20 M. Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M. Pfg., Briefliche Anzeigen R. M. 1.—, auswärtige Anzeigen R. M. 1.50 für die einseitige Kolonnhöhe oder deren Raum. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Wochen wird keine Gebühr übernommen. — Schluß der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7466.

Nr. 143.

Samstag, 28. Mai 1932.

80. Jahrgang.

Auf dem Wege nach Lausanne.

Neue Staatsmänner-Konferenz in Genf. — Keine englisch-französischen Abmachungen.
Eine dauerhafte Regelung?

Französische Pläne.

as. Berlin, 28. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ glaubt heute ankündigen zu können, daß die seinerzeit vereinbarten Genfer Besprechungen der Staatsmänner doch nicht völlig aufgegeben worden seien, sondern unmittelbar nach der Bildung der französischen Regierung und damit kurz vor der Lausanner Konferenz stattfinden werden.

Etwa um den 10. Juni herum würde der englische Ministerpräsident MacDonald, der neue französische Ministerpräsident Herriot, Reichskanzler Dr. Brüning, der italienische Außenminister Grandi und als Vertreter der Vereinigten Staaten der Botschafter Gibson zu weiteren Besprechungen in Genf zusammenkommen.

Diese neue Besprechung würde sowohl der Abrüstungskonferenz, als auch der Vorbereitung der Lausanner Tagung dienen. Nach unseren Informationen bestehen tatsächlich derartige Pläne, wenngleich sich auch noch nicht übersehen läßt, ob diese Pläne verwirklicht werden können. Deutscherseits würde man eine solche Aussprache sicherlich begrüßen, zumal man mit der Abrüstungsfrage in letzter Zeit um keinen Schritt vorangekommen ist. Außerdem hält man eine eingehende Vorbereitung der Lausanner Konferenz für dringend wünschenswert, da die Aussichten für Lausanne nach wie vor recht trübe sind. Allerdings wird gerade jetzt von englischer Seite die Meldung demontiert, daß England und Frankreich sich über die Lausanner Konferenz dahin geeinigt hätten, den Sitzungen nur einen formalen Charakter zu geben.

Die Nachrichten, daß nach Einsetzung von Sachverständigen-Ausschüssen die Lausanner Konferenz vertagt werden sollte, wird als unbegründet bezeichnet. Auch wenn man diesem Dementi vollen Glauben schenkt, so ist doch daran nicht zu zweifeln, daß Frankreich derartige Pläne verfolgt

und daß man in Paris von der sogenannten „dauerhaften Regelung“ nichts wissen will. So erklärt z. B. heute der französische Journalist Marcel Ray, es sei klar, daß man zwischen dem 16. und 30. Juni in Lausanne nicht zu einer endgültigen Lösung kommen werde, Frankreich sehe deshalb eine zeitliche Verlängerung des Hoover-Moratoriums vor, sowie die Einsetzung zweier Ausschüsse, die getrennt die verschiedenen Vorschläge für die Reparationsregelung und die Sanierung der Donauländer prüfen sollen. Gleichzeitig ver-

öffentlicht Painlevé, der ja zweifellos dem kommenden Kabinett Herriot angehören wird, einen ziemlich komplizierten Plan über die Schaffung einer internationalen Kompensations- und Amortisationskasse für den Frieden. In diese Kasse würden dann alle Zahlungen zu leisten sein. Ganz abgesehen davon, daß es nicht darauf ankommt, ob man das Wort Tribut durch Kompensation ersetzt, muß man diesen Plänen gegenüber immer wieder auf die Erklärung des Reichskanzlers hinweisen, daß Deutschland nicht zahlen kann und daß die Voraussetzungen, unter denen etwa spätere Zahlungen wieder geleistet werden können, einfach unvorstellbar sind. Das sind die Tatsachen, denen Lausanne Rechnung tragen muß. Der Kanzler wird jedenfalls diesen Standpunkt mit aller Deutlichkeit den Staatsmännern gegenüber vertreten, wenn die jetzt angekündigte Genfer Vorbereitung zustande kommen sollte.

Nationale Konzentration statt Krisengerede.

Berlin, 27. Mai. Entgegen den ursprünglichen Absichten hat das Reichskabinett heute nachmittags nicht getagt, weil sich bereits in der Vormittagsstunde ergab, daß die Notverordnung in ihren Teilen nun zunächst an die zuständigen Ressorts zurückgehen muß, damit sie die von dem Reichspräsidenten zum Ausdruck gebrachten Wünsche in die Vorlage hineinbringen.

Im übrigen hat die innenpolitische Situation sich heute nicht geändert. In einschlägigen politischen Kreisen der Reichshauptstadt vermerkt man aber mit Bitterkeit die Tatsache, daß die Art, wie die Krisengerichte in den letzten beiden Tagen aus innenpolitischen Gründen von manchen Seiten aufgedreht und verstellert worden sind, den Interessen Deutschlands im Ausland außerordentlich geschadet haben. Das ging ja bereits aus den häßlichen Kommentaren hervor, die heute früh aus der Pariser Presse berichtet wurden. Aber auch in Berlin lebende Ausländer, die es mit Deutschland durchaus wohl meinen, erklären rund heraus, daß sie nicht mehr verstehen, wie die Autorität der Reichsregierung und des Kanzlers dem Ausland gegenüber in einem Augenblick aus innenpolitischen Gründen herabgesetzt werden, wo es, kurz vor der Lausanner Konferenz, im Gegenteil darauf ankommt, eine absolute Geschlossenheit zu beweisen.

Nach der Auffassung politischer Kreise muß dringend geholfen werden, daß alle Kreise der deutschen Öffentlichkeit erkennen, welche Schädigung der gesamten deutschen Interessen unvermeidbar ist, wenn auf die außenpolitische Situation nicht mehr Rücksicht genommen wird als bisher. Die Stellungnahme der Pariser Presse dürfte bereits eine deutliche Warnung dafür sein, daß den Gegnern einer Reparationslösung neue Vorwände für eine ausreichende Taktik in Lausanne gegeben werden.

Entscheidung über die Devisenperre für die Auslandsschulden. Die Regierung ist absolut entschlossen, niemals in den Mißbrauch der Notenpresse zurückzufallen. Auch das Gleichgewicht im Staatshaushalt muß unbedingt aufrechterhalten werden, zu welchem Zweck ein Nachtragsbudget vorgelegt werden wird, doch ist an Gehaltskürzungen nicht gedacht. Die Handelspolitik muß den Ausgleich der Zahlungsbilanz, ja, soweit möglich, auch den der Handelsbilanz zum Ziele haben. Die Regierung beabsichtigt, schon in aller nächster Zeit an die in Betracht kommenden Staaten Einladungen mit konkreten Vorschlägen für handelspolitische Verhandlungen ergehen zu lassen, wobei sie erfreulicherweise als Anknüpfungspunkt die Vorentscheidung Deutschlands vorfindet.

Schwere Zusammenstöße in Österreich.

Die Gendarmerie muß mit dem Bajonett vorgehen.

Innsbruck, 27. Mai. Auf einer nationalsozialistischen Versammlung in Hötting kam es heute abends zu einer Saal- und Straßenschlacht mit Parteigegnern, zum Teil Sozialdemokraten. Die Gendarmerie sah sich genötigt, mit gefälltem Bajonett den Weg und die umliegenden Straßen abzusperren. Die Rettungswagen wurden von der erregten Menge angegriffen und beschädigt. Auch die Rettungsleute selbst wurden in ihrer Tätigkeit behindert. Zwei Kompanien Militär stehen in Bereitschaft. Es sind, wie am Mittwoch bekannt wurde, gegen 80 Verletzte, darunter sechs Schwerverletzte, zu verzeichnen.

Auch in Linz versuchten Freitagabend Sozialdemokraten eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen, bei denen 20 Nationalsozialisten erheblich verletzt und ins Krankenhaus gebracht wurden.

Blick in die Welt.

Gewitter über Europa.

Man kann es beinahe für erfreulich halten, daß nun, gerade noch rechtzeitig, um die Regierungen der Welt von der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen, aus den über Europa lagernden Wolken der Bliz des Erlasses eines Transfer-Moratoriums durch Österreich herniedergezuckt ist. Es ist ein Symptom für den Ernst der Lage nicht nur in Österreich, nicht nur in den Donauländern, schließlich sogar eigentlich auch nicht nur in Europa. Es wird der Konferenz von Lausanne — und dort hoffentlich den deutschen Vertretern — vorbehalten bleiben, der Welt mit nüchternem Zahlenmaterial zu beweisen, welch fürchterliche und unverhältnismäßig schwere Wunden die Gläubigerstaaten sich und allen anderen Staaten durch ihr Verhalten auf den sinnlosen, aus dem Vertrag von Versailles resultierenden Forderungen geschlagen haben. Es wird nicht schwer sein, einwandfrei nachzuweisen, daß die Verluste aus dem Einbruch der Krise in den Gläubigerstaaten um das Vielfache höher gewesen sind, als die Gesamthöhe der geforderten Reparationen. Von da aus sollte der Schritt zu der Einsicht, daß es nicht nur notwendig, sondern auch nützlich sein wird, das Verhältnis der Reparationen aus der Welt zu schaffen, nicht mehr weit und nicht schwer sein selbst für die Staaten, die ein subjektiv unangenehmes Recht auf Reparationen zu haben glauben.

Molverordnung in Arbeit.

Die verhängnisvolle Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und der Wirtschaftspolitik in aller Welt mußte selbstverständlich zu einer Zerstörung aller derjenigen Rechnungen und Berechnungen führen, die darauf abgestellt waren, daß mit dem „schlimmsten Winter seit 100 Jahren“ das Schlimmste überwunden sei. So ist es auch nur selbstverständlich, so bedrückend es sein mag, daß als Sommergeschehen dem deutschen Volke eine weitere Last in Form einer neuen Molverordnung aufgebürdet wird, über deren Einzelheiten das Reichskabinett in der verflochtenen Woche mit kurzen Unterbrechungen beraten hat. Es scheint die Gefahr zu bestehen, daß das Reichskabinett auch hier wieder zum Angriff gegen die Punkte des geringsten Widerstandes angelegt hat oder sich anschließen will. Diese Tendenz muß ernsthafte Besorgnisse wecken, denn in der Tat ist infolge des wachsenden Widerstandes des Preisniveaus das Lebenshaltungsniveau eben jener Massen, die dem schematischen Eingriff am widerstandsfähigsten ausgelegt sind, bereits bis unter die Grenze des erträglichen gedrückt. So schwer es sein mag, vom Grundgedanken der schematischen Regelung abzuweichen, so ernsthaft sollte man sich doch in letzter Stunde noch darauf besinnen, daß weitere Streichungen an den Einkünften der Ärmsten weder wirtschaftlich noch politisch tragbar sind.

Genfer Schattenspiele.

Inzwischen tagt, ohne offenbar überhaupt noch das Gefühl der Verbundenheit mit der politischen Wirklichkeit zu haben, in Genf die Abrüstungskonferenz resp. deren einzelne Ausschüsse weiter. Die verflochtenen Woche hat hier wenigstens insoweit eine gewisse Klärung gebracht, als die Staaten sich bei den Beratungen des Luftkriegsausschusses in Luftkriegsfreunde und Luftkriegsfeinde, in Bombenfreunde und Bombengegner gesondert und damit haben erkennen lassen, wo ernsthaft der Wille, die Schrecken zukünftiger Kriege zu vermeiden, herrscht und wo man die Abrüstungskonferenz als Mittel zum Zweck der Verbesserung künftiger Kriegschancen zu mißbrauchen entschlossen ist. Noch ist den Vertretern derjenigen Staaten und deren Regierungen die Gefahr, der sie sich mit einer Befürwortung des Luftkrieges — denn das ist die Ablehnung von Anträgen auf Verbot der Luftkriegswaffen, — aussetzen, nicht aufgegangen, allein es besteht die dringende Gefahr, daß man die notwendigen Illustrationen dazu sehr bald bekommen wird.

Japan — Rußland.

Wenn die Staatsmänner und Regierungen es als notwendig empfinden, das Bestehen von Konfliktstoffen und Differenzen mit besonderer Heftigkeit zu verneinen, so ist das in der Regel der Beweis dafür, daß die fraglichen Konflikte und Differenzen akut zu werden drohen, so auch im Falle Japan — Rußland, von denen abwechselnd betont wird, daß man nicht daran denke, einen Konflikt mit dem anderen heraufzubeschwören, während man in der Tat einen Truppenzug nach dem anderen dorthin rollen läßt, wo der Ausbruch des Konfliktes droht. Die Gefahr der Berufung eines ganz ungewöhnlich kriegsbeherisch eingestellten Kabinetts in Japan ist nun allerdings im Augenblick scheinbar beschworen. Allein der Krieg hat keine eigenen Geleise und die Tatsache, daß die Japaner durch die Entwicklung der Kämpfe

Die Sicherheit im Landtag.

Der neue Präsident trifft Vorkehrungen.

Berlin, 27. Mai. Der Präsident des Preussischen Landtags, Kerrl, hat für die nächste Sitzung des Landtags alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um eine ordnungsmäßige Durchführung der Sitzungen zu gewährleisten, sowie Leben und Gesundheit der Abgeordneten zu schützen. Die neuen Bestimmungen dürften den Abgeordneten bereits in kurzer Zeit durch besondere Mitteilung bekannt gemacht werden. Der Präsident duldet unter keinen Umständen mehr, daß Abgeordnete sich um das Rednerpult scharen. Man geht aber wohl nicht fehl in der Meinung, daß die neuen Maßnahmen noch schärfere Bestimmungen enthalten werden.

Die österreichische Regierungserklärung.

Enge Zusammenarbeit mit Deutschland.

Wien, 27. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab am Freitag im Nationalrat das Programm der neuen Regierung bekannt. Er sagte u. a.: „Österreich, eines der friedfertigsten Länder der Welt, hat sich bemüht und wird sich weiter bemühen, mit all seinen Nachbarn, mit allen Staaten Europas und der Welt in Freundschaft und Frieden zu leben.“

Dabei wird und muß die Welt verstehen, daß wir uns als selbständiger deutscher Staat — bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage unserer Heimat — der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reich bewußt sind, einer Freundschaft, die berechtigt und verpflichtet.

Da Österreich mit Geduld und gutem Willen allein ohne Hilfe vom Ausland seine Auslandsverpflichtungen nicht erfüllen kann, stehen wir in diesen Tagen vor der

in der Mandatschüre bereits gezwungen worden sind, bis unmittelbar an den Amur, das heißt also an die mandchurisch-russische Grenze, heranzugehen, beschwört auf die Möglichkeit herauf, daß sie eines Tages zwischen chinesischen, das heißt „antimandschurischen“ und sowjet-russischen Formationen nicht mehr werden unterscheiden können. Das Pulverfaß steht offen, eigentlich schon seit-

dem die Japaner den russischen Einflußbereich an der ostchinesischen Bahn besetzt haben — und der Funke kann jeden Augenblick hineinfliegen. Jedenfalls haben Regierung und Admiralität der U.S.A. vorläufig beschlossen, die amerikanische Flotte zunächst mal für ein Vierteljahr im Pazifik bereitzuhalten — ein Entschluß, der den Ernst der Lage hinreichend kennzeichnet.

Was wird aus der deutschen Sozialpolitik?

Stegerwald fordert ihre Loslösung vom Staat.

Vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft.

Berlin, 27. Mai. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt heute in der Deutschen Wirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Der Minister wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß man die Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der übrigen Politik behandeln könne.

Sehr fragwürdig sei es auch, an eine Morgenröte des wirtschaftlichen Liberalismus glauben zu wollen. Im Zeitalter der internationalen Kartell- und Trustwirtschaft, in dem in Italien der Faschismus, in Rußland der Kommunismus herrsche, liege der Wirtschaftsindividualismus in weiter Ferne. Falsch sei auch die Meinung, daß der staatliche Lohnschutz an unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere so großen Anteil habe, wie man gegenwärtig glaube.

In dem außen- und innenpolitisch gleich schweren Jahre 1932 seien Lohn- und sozialpolitische Experimente jedenfalls nicht angängig.

In diesen Tagen stehe nun die Frage zur Entscheidung, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung neu erhöht werden sollen, um die Arbeitslosen über den künftigen Winter hindurchzubringen. Dabei müsse man sich klar sein, daß jede neue Belastung der Produktion so oder so sehr viel Arbeitslose mehr bedeute. Es könne nicht mehr als Politik angesprochen werden, neue produktionsbelastende Steuern zu erheben, um damit die schnell arbeitslos werdenden unterstützen zu können. Objektiv gesehen seien sowohl die Vorstellungen in Arbeitnehmerkreisen, wie befänden uns im Stadium der Zerklüftung der Sozialpolitik, falsch, wie jene auch in Arbeitgeberkreisen, daß die Sozialpolitik keine Rückfall nehme auf die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft.

Bis jetzt sei sozialpolitisch nichts zerklüftet, bis jetzt sei lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht aber ein Abbau der Einrichtungen. Dieser Abbau der Leistungen sei nicht bloß als Verzicht anzusehen, sondern auch als Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten.

An der Krankenversicherung könne bestimmt nicht mehr viel geändert werden. Wenn die Invalidenversicherung in der nächsten Woche in Balance gebracht sei, seien weitere Einsparungen auch bei ihr kaum noch möglich. Die Unfallversicherung sei durch weitere Rentenkürzungen nicht in Ordnung zu bringen. Auf organisatorischem Wege seien bei der Arbeitslosenversicherung ganz große Erfolge nicht mehr möglich.

Dr. Stegerwald wandte sich der Frage zu, wohin die deutsche Sozialpolitik im Hinblick auf Deutschlands Gesamt-lage in den nächsten Jahren steuern müsse. Auf längere Sicht und im Großen gesehen, führte er u. a. aus, stehen wir vor drei Möglichkeiten:

1. Zurück zum Individualismus, zur weitestgehenden Wirtschaftsfreiheit; daran vermag ich nicht zu glauben.

2. Sozialismus. Ich glaube nicht, daß es gut gehen kann, wenn im Tempo der Entwicklung zum Sozialismus und seinen verschiedenen Abarten so weiter fortgefahren wird, wie in den letzten Jahren.

3. Weitgehendste wirtschaftliche Selbstverwaltung der Beteiligten. Ohne Selbstverwaltung gibt es kein wirtschaftliches Hineinwachsen der breiten Volksschichten in Staat und Wirtschaft. Auch die wirtschaftliche Konstitution kommt.

Wir müßten meines Erachtens wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Tarifverträge müssen zu Gewerkschaften ausgeklüftet werden. Wie politisch, so ist auch in der Wirtschaft Selbstverwaltung nicht möglich ohne straffe Staatsaufsicht. Das heutige Tarifvertragswesen kommt mir zu eng vor; damit werden die Arbeiter und Gewerkschaften nie vollwertige Organe der Volkswirtschaft.

Ähnliches, was für die öffentliche Verwaltung gilt, gilt auch für die Organisation der Sozialversicherung. Der Staat wird auf die Dauer mit der Sozialversicherung bestimmt nicht fertig. Von 44 Millionen Wählern stellen heute mehr als die Hälfte unmittelbar materielle Forderungen an den Staat. Die Parteien, die keine Versprechungen machen, verlieren die Wähler. Es fehlt eben das Regulator, weil es zudem in Deutschland Parteien gibt, die grundsätzlich in Opposition zu dem Staat stehen und daher das, was sie fordern und versprechen, nie einzulösen brauchen.

Meines Erachtens muß die Sozialversicherung in absehbarer Zeit sehr viel mehr den Versicherten überantwortet werden. Selbstverständlich muß auch darüber eine straffe Staatsaufsicht bestehen.

Von den unmittelbar bestehenden Aufgaben, die die Sozialpolitik stark berühren, möchte ich drei nennen:

1. Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation. Das ganze deutsche Steuerwesen muß einfach, klar und wirtschaftsfördernd gestaltet werden. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die endgültige Regelung der Arbeitslosenfürsorge stellen uns vor eine Steuerreform großen Stils.

2. Es muß Klarheit bestehen über die Behandlung der Lohnfrage. Ich bin für Aufrechterhaltung des staatlichen Lohnschutzes. Der Zwangslohnanspruch muß aber künftig mehr in den Hintergrund treten. Die Regel muß die freie Vereinbarung sein, zu der der Staat mit seinen Schlichtungsorganen Hilfestellung zu leisten hat.

3. Die Arbeitslosenfrage wächst sich neben der Außenpolitik immer mehr zu der deutschen Frage aus. Ein einziges großes Mittel zur Behebung oder auch nur stärkeren Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Die zwei größten Mittel, die bisher genannt wurden, sind einmal die Arbeitsbeschaffung großen Stils durch die öffentliche Hand mittels Kreditkämpfung, ferner eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit vermittels gesetzlich verkürzter Arbeitszeit. Der Minister nannte eine große Zahl von Vorschlägen und Anregungen, die hierfür vorliegen und führte dann weiter aus:

Mit ein oder zwei größeren Mitteln ist in der Tat der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen. Es müssen vielmehr alle gangbaren Wege beschritten werden, als da sind: Energische Mitwirkung Deutschlands an der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt, Schaffung gesicherter und politisch gesicherter Verhältnisse im Innern, Liberalität in der Kredit- und Zinsenpolitik, Arbeitsbeschaffung, soweit diese ohne Gefährdung der Währung möglich und vertretbar ist, bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes usw. Arbeitslosenhilfe und die Verminderung der Beschäftigungslosen müssen sowohl zentral als dezentral unter Zuhilfenahme aller organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten angepackt werden.

Der Minister schloß: Entweder wir überleben das Jahr 1932 durch gegenseitiges Stützen und Helfen, oder aber das deutsche Volk bringt sich selbst um seine Zukunft für Jahrzehnte. In den Jahren 1931/32 hat all das, was in der Welt-politik und in der deutschen Politik seit Jahrzehnten verfehlt war, kulminiert. Diesen Kulminationspunkt müssen wir überleben.

Die Lage der einzelnen Versicherungen.

Berlin, 27. Mai. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags gab Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium einen Bericht über die Lage der Sozialversicherung. In der Invalidenversicherung beträgt nach seinen Mitteilungen das monatliche Aufkommen an Beiträgen nur noch 54 Millionen gegen 70 Millionen im Jahre 1931. Die Ausgabenverpflichtungen für Heilverfahren blieben jedoch etwa die gleichen. Die Ausgaben für Renten stiegen sogar um etwa 70 Millionen im Jahre.

Zurzeit ergebe sich bei der Invalidenversicherung in jedem Monat ein Fehlbetrag von 28 Millionen. Bisher sei die Invalidenversicherung ihren Verpflichtungen dadurch nachgekommen, daß sie zur Deckung ihre Vermögenswerte herangezogen habe. Auch am 1. Juni würden die Renten unverkürzt ausgezahlt werden.

Die schwierige Lage sei eine unvermeidliche Rückwirkung aus dem allgemeinen Niedergang der Wirtschaft.

Kurze Umschau.

Der Anhaltische Landtag nahm ein Amnestiegesetz der neuen Regierung an, durch das für politische Vergehen Straffreiheit gewährleistet wird. Ministerpräsident Freyberg gab die Erklärung ab, daß das Ministerium von sich aus im Verwaltungswege die Vergehen aus wirtschaftlicher Not amnestieren werde.

Wie Reuters aus amtlicher Quelle erzählt, ist die Antwort Deutschlands auf die Protestnote der britischen Regierung gegen die Einfuhrbeschränkungen für britische

Besonders katastrophal habe sich der Niedergang der Wirtschaft im Bergbau ausgewirkt. Die Zahl der Bergleute in Deutschland habe 1925 noch 730 000 betragen und sei jetzt auf 430 000 zurückgegangen, zum Teil infolge der Mechanisierung. In der Knappschaftsversicherung habe 1929 1 Prozent Beitrag aus der Lohnsumme 15 Millionen Mark erbracht; heute seien es nur noch 6 Millionen. Andererseits gingen die Renten in die Höhe. Der Zuschuß des Reiches übersteige jetzt schon die Beitragseinnahmen. Selbst wenn das Reich in diesem Jahre wieder einen Zuschuß von 70 Millionen gebe, bleibe für 1932 immer noch ein Fehlbetrag von 44 Millionen, für den Deckungsmöglichkeiten gesucht werden müßten, wobei aber von vornherein irgend eine Beitrags-erhöhung ganz ausgeschlossen sei.

Die Angestelltenversicherung verzeichne einen monatlichen Rückgang an Beitragseinnahmen von 5 Millionen Mark, dagegen stiegen auch hier die Pensionen nach Zahl und Wert ständig.

Außerordentliche Schwierigkeiten beständen auch in der Unfallversicherung. Manche Berufsgenossenschaften befänden sich in einer trostlosen Lage, z. B. die des Baugewerbes, wo 85 Prozent der Arbeiter erwerbslos seien.

Trotzdem habe die Regierung von der in der letzten Notverordnung gegebenen Ermächtigung, eine solidarische Haftung der Berufsgenossenschaften anzuordnen, bisher keinen Gebrauch gemacht; diese Ermächtigung lasse sich nur mit großer Vorsicht anwenden.

In der Krankenversicherung seien die Einnahmen von 2,3 Milliarden im Jahre 1929 auf 1,6 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen und die Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen, bereits ungewöhnliche Schwierigkeiten. Es müsse aber festgestellt werden, daß die Kassen alles getan hätten, um die Versicherten vor Beitragserhöhungen zu bewahren. Zum Schluß formulierte der Redner die Aufgabe dahin, man müsse einen Ausgleich schaffen zwischen der Notwendigkeit der Erhaltung der Versicherungen und den Bedürfnissen der Versicherten.

Weitere Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Berlin, 27. Mai. Im heutigen „Reichs- und Staatsanzeiger“ wird eine am 6. Juni in Kraft tretende Ergänzungsvorordnung des Reichsarbeitsministers über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht. Diese Ergänzungsvorordnung bestimmt u. a., daß Arbeitsdienstpflichtige unter 25 Jahren während des Arbeitsdienstes eine Unterstützung bis zu 2 M. täglich aus Reichsmitteln bewilligt werden kann. Diese Unterstützung ist jedoch zu versagen, wenn der Arbeitsdienstpflichtige nicht hilfsbedürftig ist. Ferner können Arbeitsdienstpflichtige vom zuständigen Arbeitsamt eine Beihilfe zu den erforderlichen Kosten der Arbeits-ausrüstung sowie der Reise zum Arbeitsort erhalten.

Kohle jetzt übermittelt worden. Einzelheiten sind noch nicht zu erhalten.

Der Präsident der französischen Republik Lebrun hat in Begleitung des Chefs seines Militärkabinetts dem deutschen Botschafter v. Söeß den offiziellen protokolllarischen Besuch abgestattet.

Der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses in Washington hat den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zolltarife für die Einfuhr aus Ländern mit entwerteter Währung abgelehnt.

Unparlamentarische Parlamente.

Zur Tumultführung im Preussischen Landtag. — Wie es in anderen Parlamenten zugeht. — Obstruktion mit Trillerpfeifen und Heulsternen. — Neben, die sechs Stunden dauern. — Auch im polnischen Sejm geht es nicht ruhig zu. — Erregte Sitzungen in der französischen Abgeordnetenkammer. — Aber vorbildliche Ruhe im englischen Parlament.

Die beispiellosen Tumulte, die sich im Preussischen Landtag abgepielt haben, lassen unwillkürlich die Frage auf-tauchen, ob in anderen Ländern die Parlamentarismen unter ähnlichen Umständen abgehalten werden. Zunächst muß man eines bedenken: Tumulte hat es auch schon in früheren Jahren in den meisten Parlamenten gegeben, nur fielen sie allerdings nicht derart handgreiflich aus, wie es gegenwärtig der Fall ist. Aber auch schon im alten Österreich, wo die Erbitterung der verschiedenen Nationalitäten einen gewissen Siedepunkt erreicht hatte, gab es Zusammenstöße, die mit ersten körperlichen Attacken endeten. Dort kam es schon vor dem Kriege zu tätlichen Auseinandersetzungen, und man wunderte sich schließlich nicht mehr, wenn man derartige Nachrichten hörte. Allerdings — und das muß betont werden — erfolgten die Zusammenstöße nicht mit jener maßlosen Erbitterung, die wir heute mit Grauen konstatieren müssen. In Deutschland selbst befanden sich auch vor dem Kriege scharfe politische Meinungsverschiedenheiten, die aber meist mit parlamentarischen Mitteln ausgetragen wurden. Da gab es für alte Parlamentspraktiker wirksame Mittel, die meist gegen die Regierung gerichtet waren. Ein beliebtes Verfahren war das der Obstruktion durch über-lange Reden. Es kam vor, daß Abgeordnete einer bestimmten Partei Reden von sechsständiger Dauer hielten, nur um eine Abstimmung immer weiter hinauszuzögern. Selbstverständlich konnte ein solcher Redner nicht sechs Stunden lang Weisheiten verzapfen, und so kam es denn vor, daß er das wiederholte, was er vor einer halben Stunde gesagt hatte. Aber darauf achtete niemand mehr, denn der Präsident und auch das Plenum waren meist schon so abgestumpft, daß der Redner ruhig das ABC hätte vorlesen können, ohne daß man ihn daran gehindert hätte. Ausgedehnte Reden sind auch heute sehr beliebt, wenn eine wichtige Abstimmung stattfinden soll, oder eine Partei noch Abgeordnete erwartet, die erst in letzter Minute eintreffen können. Selbstverständlich gibt es auch schärfere Mittel der Obstruktion, wie Kinder-trompeten, Trillerpfeifen, Heulsternen und Klappen mit den Puldbekeln. Die letztere Methode ist auch beliebt, wenn man den Redner einer gegnerischen Partei nicht zu Worte kommen lassen will. In den letzten Jahren haben die radikalsten Parteien neue Variationen geschaffen, wie beispielsweise die Sprechhöre, die bestimmte Sätze im Takt wiederholen, oder die Rundgebungen mit den jeweiligen Partei-liedern abschließen.

Man braucht nun aber nicht zu glauben, daß derartige Anfitzen nur in Deutschland an der Tagesordnung sind.

Auch in anderen Ländern geht es im Parlament nicht mehr sehr ruhig zu. Im polnischen Sejm zum Beispiel ist es ebenfalls zu Tumulten gekommen, als die Opposition sich darüber beschwerte, daß ihre Parlamentarier verhaftet und mißhandelt worden seien. Beleidigende Zurufe flogen hin- und herüber, und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre es in diesem Parlament auch zu einer Schlacht mit Stühlen und Tischbeinen gekommen. Sitzungen, wie man sie in ähnlicher Form kaum gefannt hat, haben auch in der französischen Abgeordnetenkammer stattgefunden. Die Tumulte entstanden, als ein Vertreter einer extrem nationalistischen Partei der Regierung vorwarf, Deutschland gegenüber allzu nachgiebig zu sein und damit die Interessen des Landes zu verraten. Als der Redner sich sogar soweit vermaß, daß er einzelnen Abgeordneten vorwarf, im Dienste Deutschlands zu stehen, kannte die Erregung keine Grenzen. Die Angehörigen der Parteien, denen diese Vorwürfe gemacht wurden, drangen zum Rednerpult vor, um den Verleumder zu mißhandeln. Mehrfach mußte der Präsident die Sitzung aussetzen, um Ruhe zu schaffen. Allerdings wird derjenige, der das Restaurant der französischen Abgeordnetenkammer betritt, mit einem Staunen wahrnehmen, daß man dort am wohlbe-lehnten Frühstückstisch Männer beisammenfindet, die sich vor einer Viertelstunde noch im Sitzungsaal erbittert befehdet haben. Aber in Frankreich ist man daran gewöhnt, den Streit der Meinungen aus dem Privatleben auszuscheiden.

Ganz anders dagegen sieht es im englischen Parlament, im Unterhaus und Oberhaus, aus. Die Tradition, die sich schon in der Atmosphäre des Parlamentsgebäudes bemerkbar macht, verhindert jeden Ekzels. Man muß schließlich bedenken, daß es in England die Einrichtung des Ober- und Unterhauses seit etwa 800 Jahren gibt. Es ist kein Zufall, daß man im englischen Parlament auf Sitten und Gebräuche steht, die uns lächerlich anmuten. Natürlich würde es im deutschen Reichstag deplaziert wirken, wollte man etwa den Reichspräsidenten auf einen Wollack setzen. Aber im englischen Parlament thronet der „Speaker“ auf einem solchen Sitz mit unaussprechlicher Würde, und die Abgeordneten verneigen sich mit vollkommenem Ernst vor dem Zepter, das bei Beginn der Sitzung auf dem Präsidentensitz aufgebaut wird. Die Würde des Hauses leidet nicht darunter, daß die einzelnen Abgeordneten es sich bequem machen, ihre Füße auf Bänke oder Tische legen. Mag im englischen Parlament die Debatte auch noch so hitzig sein, so wird man doch nur in den seltensten Fällen beobachten können, daß zwischen den einzelnen Parlamentariern persönlich zugespitzte Feindseligkeiten entzünden.

Mitteilungen des Magistrats zum Haushalts-Plan 1932.

Ein Zwangsetat soll vermieden werden.

Bürgermeister Schulte

wies in seiner Etatsrede in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung darauf hin, daß die deutschen Städte ihren Haushaltsplan durchweg verspätet vorlegen, weil sie hoffen, daß bis zu diesem äußersten Termin für die Wirtschaft über die Verteilung der Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen geschaffen wurde. Trotzdem diese Voraussetzung im Augenblick noch nicht eingetroffen ist, bringt der Magistrat Wiesbaden doch den Voranschlag für das Jahr 1932 ein, da der Etat bis zum 1. Juli verabschiedet werden muß, wenn ein Eingetragenes des Regierungspräsidenten in diesem Jahr verhindert werden soll. Bürgermeister Schulte charakterisierte die herrschende Unsicherheit durch einen Rückblick auf das vergangene Etatsjahr, in dem sich die Schätzung des Fehlbetrages ständig verschob, da man immer wieder die eingetragenen Mehranforderungen und Mindereinnahmen berücksichtigen mußte. Der endgültige Fehlbetrag für das Jahr 1931 liegt jetzt mit 5,5 Millionen Mark fest. Alle Hilfsmittel des Reiches konnten die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ausgleichen und Bürgermeister Schulte stellte an den Ausgangspunkt des neuen Etats die große Frage, ob die kommenden Notverordnungen eine wirkliche Sanierung der Gemeindefinanzen bringen werden.

Der Haushaltsplan des Jahres 1932 schließt mit einem Fehlbetrag von 4,21 Millionen ab, also fast genau so wie der Zwangsetat 1931. Allerdings konnte der Fehlbetrag nur auf diesen Umfang herabgedrückt werden durch die Einführung einer Reichs- und Staatshilfe von 4 Millionen Mark, über deren effektiven Eingang man in der Verwaltung aber von vornherein sehr skeptisch ist.

Man hofft, zwei Drittel des Betrages hereinzubekommen. An und für sich kommt dieser Schätzung aber nicht allzuviel Bedeutung zu, da es sich ja in diesen Krisenjahren überhaupt nicht um einen regelrechten Haushaltsplan handeln kann, für den in jeder Hinsicht die Grundlagen fehlen. Letzten Endes kann die Verwaltung nur die Versicherung geben, daß alle nur irgendwie vermeidbaren Ausgaben in Wegfall kommen und jede nur mögliche Sparsamkeit angewandt wird.

Im vorigen Jahre wurde in den Etat 1 Million zur Abgeltung von Fehlbeträgen eingelegt, der allerdings ein gleich hoher Zuschuß des Staates gegenübergestellt worden ist. Eine ähnliche Maßnahme wäre, wie Bürgermeister Schulte betonte, auch für dieses Jahr notwendig gewesen. Man sah jedoch angesichts der Kassenlage davon ab. Die Fehlbeträge der vergangenen Jahre machen sich natürlich auf dem Anleihen- und Zinsbudget bemerkbar.

Schon im Oktober vorigen Jahres mußte die Verwaltung, um die hohen Zinsforderungen, die gerade zu diesem Termin fällig werden, begleichen zu können, auf die Einkünfte des letzten Halbjahres vorgreifen. Wenn diese Maßnahme noch berechtigt war, da die staatlichen Zuschüsse und die Kopfsteuer erst im letzten Halbjahr einfloßen, so war dies bei den Vorgriffen am 1. Januar und 1. April nicht mehr der Fall und gerade die Summen, die am 1. April vorweg genommen wurden, gehen von vornherein zu Lasten des neuen Etatsjahres.

Die Gesamtausgaben, die im Jahre 1931 noch 49,7 Millionen betrugen, haben sich, wenn man die Umbuchungen berücksichtigt, um rund 5 Millionen vermindert. Diese Minderausgaben bestehen aus Einsparungen in Höhe von 3,1 Millionen, die die vierte Notverordnung brachte, und weiteren 1,9 Millionen, die die Verwaltung von sich aus abstrich.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtsamt sind für das Jahr 1932 um 625 000 M. geringer veranschlagt, als für 1931, obwohl sich die Zahl der Unterstützten im abgelaufenen Jahre ganz beträchtlich erhöht hat. Der Abstrich erklärt sich aus der Stilllegung der Erwerbsbeschränkten-Werkstätten, die eine Wertschätzung von rund 1 Million Mark brachte. Wenn diese Million auch keine tatsächliche Ersparnis bedeutet, da ihr die Einnahmen aus den Erzeugnissen der Werkstätten gegenüberstehen, so ist doch immer-

hin ein erheblicher Zuschuß fortgefallen und bei Aufrechterhaltung der Ebene hätte man statt mit einem Abstrich mit einer Mehrausgabe von 625 000 Mark rechnen müssen. Bürgermeister Schulte hielt eine weitere Ausgabenverminderung durch Herunterlegung der einzelnen Unterstufungen, der Nebenleistungen usw. nur dann noch für möglich, wenn entsprechende zentrale Maßnahmen getroffen werden.

Bei der Tiefbauverwaltung wurden 239 000 M. gekürzt und die verbleibende Summe ermöglicht nur noch kleinere Hilfsarbeiten, die wenig Material erfordern. Einige Straßen in Wiesbaden sind aber bereits so schadhaft geworden, daß ihre Instandsetzung schon mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit notwendig ist. Der Magistrat mußte trotzdem die Forderungen des Straßenbauamtes, außerhalb des Etats für vier Straßen 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen, ablehnen, da bei der heutigen Kassenlage niemand auf ein Jahr voraus disponieren kann. Die vorhandenen Mittel müssen eben für die dringenden Arbeiten verwandt werden, auch auf die Gefahr hin, daß zum Ende des Jahres kein Geld mehr für notwendige Reparaturen vorhanden ist. Die Summe für die Unterhaltung der Häuser ist so gering, daß eine Vernachlässigung nicht zu vermeiden ist. Der von der Deputation gewünschte Erhöhung um 50 000 Mark konnte sich der Magistrat nicht anschließen.

Alle Einsparungen und Abbaumaßnahmen machen sich natürlich in dem Anwachsen der Wohlfahrtslasten und im Nachlassen der Steuereinnahmen wieder bemerkbar.

Die Personalkosten betrugen im Jahre 1925 22,7 Prozent des Etats, und die Wohlfahrtslasten 15,8 Prozent. 1932 stellten sich die Personalkosten auf 21,5 Prozent und die Wohlfahrtsausgaben werden auf 31,5 Prozent veranschlagt. Die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen, die den städtischen Etat bekanntlich erst seit der Einführung der Arbeitslosenversicherung belasten, sind für das laufende Jahr auf über 8 Millionen Mark veranschlagt. Die Summe ist mehr als die Hälfte des gesamten Zuschusses des Wohlfahrtsamtes. Zwei Drittel davon müssen von der Stadt getragen werden. Diese Schätzung erscheint nach den bisher vorliegenden Nachrichten über die neue Notverordnung, wie Bürgermeister Schulte angab, sogar optimistisch. Gerade jetzt, wo man von einer entscheidenden Hilfe für die Städte spricht, hat man Wiesbaden die monatliche Reichshilfe für Wohlfahrtserwerbslose von 142 000 auf 90 000 Mark heruntergesetzt. Das Anwachsen der Erwerbslosenzahl in den ausgesprochenen Industriegebieten ist so gewaltig, daß dadurch der Verteilungsschlüssel geändert und die übrigen Gebiete des Reiches gestützt werden.

Diesen dauernd wachsenden Anforderungen stehen auf der Einnahmenseite Steuerausfälle gegenüber.

Hinzu kommt noch die Einnahmeverminderung aus den verringerten Überschüssen der werbenden Betriebe, die bei den Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerken zusammen fast eine Million ausmacht. Man rechnet im Jahre 1932 mit einem Steuerertrag von 1,4 Millionen und ist deshalb trotz der angenommenen erhöhten Reichs- und Staatshilfe nicht in der Lage gewesen, unter den Fehlbeträgen des vorjährigen Zwangsetats heranzugreifen.

In der außerordentlichen Verwaltung wird die Auftragskrumpfung besonders sichtbar. Es ist nur ein Straßenumbau und die Einrichtung einer Wanderherberge in einem alten Kasernengebäude vorgesehen; beide Arbeiten erfordern zusammen 75 000 Mark. Für die Fertigstellung des Baubloßes Waldstraße Süd III — Gauder-Strich Straße, also ein Rest aus dem Vorjahre, sind 114 000 Mark angelegt. Die Bautätigkeit ist danach praktisch eingestellt.

Bis zur Inflation nahm die Stadt Wiesbaden 76,4 Millionen Mark in Anleihen auf, die heute natürlich zum größten Teil entwertet sind. Nach der Inflation ist die Höhe der Anleihen bereits wieder auf 71 Millionen aufgelaufen, von 18,8 Millionen auf die werbenden Betriebe, rund 38,3 Millionen auf Wohnungsbau, Straßen-, Kanalbau- und Grundbesitzverwaltung, 4,1 Millionen auf die übrigen Verwaltungen und 11,6 Millionen auf die Finanzverwaltung entfallen. In dem letzten Posten finden wir vor allem die Defizite der vergangenen Jahre wieder. 4,9 Millionen gehen zu Lasten der Eingemeindung.

Bürgermeister Schulte schloß mit der Feststellung: Zu-

ammenfassend kann der Haushaltsplan 1932 dahin gekennzeichnet werden, daß er

trotz aller Ausgabenkürzungen mit einem ungedeckten Fehlbetrag abschließt, dessen Höhe ungewiß ist und von der Regelung der Lastenverteilung für die Erwerbslosen abhängt.

Gleichviel, wie diese Regelung ausfällt, wird sie für Wiesbaden keinen gerechten Lastenausgleich bringen, da sie die Sonderbelastungen Wiesbadens, sowohl als verarmte Rentnerstadt als auch als größte deutsche Kur- und Bäderstadt, nicht berücksichtigt wird.

Deshalb muß Wiesbaden neben den schließlichen Zuweisungen auf Grund der kommenden Notverordnungen noch besondere Beihilfe fordern.

Oberbürgermeister Krüde

ging auf die einzelnen Etatsposten näher ein.

Die Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke haben trotz des starken Verbrauchrückganges und der Mindereinnahmen durch einschneidende Sparmaßnahmen und die Betriebsverbesserungen, die nicht zuletzt durch die Verbundwirtschaft mit Mainz erzielt wurde, bisher die Ablieferungen an die Stadt auf ungefähr gleicher Höhe gehalten und auch für dieses Jahr mit 3,2 Millionen angesetzt.

Die Verkehrsbetriebe erscheinen dagegen mit einem Defizit von 433 000 M., das, wie Oberbürgermeister Krüde betonte, nicht auf die Verwendung der Omnibusse zurückzuführen ist, sondern auf den außerordentlich starken Rückgang der Frequenz. Während im Jahre 1929 noch 24,8 Millionen Personen die städtischen Fahrzeuge benutzten, ging die Zahl 1931 auf 18,6 Millionen zurück. Der Einnahmeausfall beträgt gegenüber 1929 1 075 000 M. Eine Tarifsenkung kommt, da sie eine Verkehrssteigerung erwartungsgemäß nicht mit sich bringt, nicht mehr in Frage. Die für den Sommer beabsichtigte Einführung des 6-Minuten-Verkehrs muß unterbleiben und für den Winter sind weitere Einschränkungen zu erwarten.

Der Betrieb des Flughafens hat sich durch die Heranziehung der Privatflugzeuge, durch die Sportfliegerei und die Fliegerkurse verhältnismäßig günstig entwickelt. Die Rheintal-Linie wird auch in diesem Jahre beslogen und durch Verhandlungen mit Frankfurt will man einen regelmäßigen Anschluß an die Frankfurter Fluglinien und ein gedeihliches Zusammenarbeiten erreichen. Da zudem die Einstellung des Flugbetriebes keine wesentlichen Ersparnisse bringen würde, ist der Magistrat der Auffassung, daß die Fluggesellschaft weitergeführt werden muß.

Die Kur- und Bäderverwaltung weist einen Rückgang des Gesamtbudgets um rund 23 Prozent gegen das Vorjahr aus. Die Zahl der inländischen Besucher ging um 17 Prozent, die der Ausländer um 31 Prozent zurück.

Der Oberbürgermeister wies auf die Abbaumaßnahmen im Bereich der Kurverwaltung, vor allem auf die Verringerung des Kurorchesters von 60 auf 48 Mann hin. Durch eine sparsame Vorbereitung der Veranstaltungen, in dem man die Künstler an dem Risiko mitbeteiligt, sollen erhebliche Summen abgespart werden können. Leider wird durch die Kürzungen der Kellamensfonds erheblich beschnitten. Das Brunnenkontor ist an die Postia-Werke verpachtet worden und auch das „Badeblatt“ soll unter Aufrechterhaltung des städtischen Einflusses auf den redaktionellen Teil in private Hand gegeben werden. Das Forschungsinstitut, verbunden mit dem Schützenhof-Krankenhaus, hat seinen Etat einigermaßen einkalten können.

Bezüglich des Augusta-Viktoria-Bades schweben die Verhandlungen über eine Verlängerung des abgelaufenen Pachtvertrages noch, wobei die Stadt Entgegenkommen zeigen will. Ein Ankauf des Gebäudes kommt jedoch für den Magistrat nicht in Frage.

Der Zuschuß für die Kurverwaltung, der 1921 noch eine Million betrug, hat sich auf 721 000 M. im Jahre 1931 vermindert, der der Bäderverwaltung von 96 800 auf 47 000 M.

Besonders bedauerte der Oberbürgermeister den Abbau der Mittel bei den technischen Ämtern

Praterlegie.

Ein Bericht aus Wien.

Von Franz Dattner, Wien.

Es ist nicht zu leugnen: diese Stadt verändert sich immer mehr. Zu ihren Ungunsten, wer kann das sagen? Auch die Touristen haben sie nicht besser machen können. Darüber ist schon viel geschrieben worden, lassen wir das. Das mit dem Badhandel an Schürzen vom Walzerhimmel und im Hintergrund die schöne blaue Donau von Meister Strauß oder bereits in Oberpullendorf an. Die Eisbären am Roropol klappern mit den Zähnen, wenn diese Melodie erklingt. Aber es ist Schminke, die auf dem Gesicht von Wien liegt. Keine gute Schminke. Großstadtschminke, Weltstadtschminke. Der Individualismus geht flöten; das ist ja die Parole der Zeit. Ist es traurig? Das sicher. Denn warum alles auf einen Leisten spannen, und man ist doch schließlich nicht toneratin. Man will doch immer mitgehen, und wer keine Zeit hat, wird eben gezwungen. Arthur Schnitzler und Anton Wildgans sind dahin; zwei Säulen des österreichischen Wesens, zuletzt verurteilt in dem geliebten Wien. Vielleicht gibt es eine mystische Verbindung von ihrem Tod her zu dem Verfall in die Großstadt, oder anders — vielleicht starben sie uns nicht so willkürlich. Es mutet wie ein Symbol an. Dieses Wien gewinnt nicht mehr. Das mit der sterbenden Stadt ist natürlich Unfug, im Gegenteil, sie wird immer größer, brausender, moderner, flotter und das ist im Grunde das Traurige. Dadurch wird sie nämlich unecht. Es ist eine Talmt-Größe. Es ist Verlogenheit. Barock verträgt sich nicht mit Hochhäusern. Die Wohnburgen der sozialistischen Gemeindeverwaltung sehen nach Zwang aus. Die Harmonie ist zerstört. Das Große wird zu groß, es ist wie eine Seifenblase, die sich aufbläht, um dann zu platzen. Das Schillernde daran soll uns nicht betrogen.

Kur ein Fleck in dem hypertrophischen Gebilde bleibt unwirksam. Der Prater. Werwirdig ist das. Und bedrohlich; denn hier offenbart sich erst recht die Krankheit. Wie eine Infekt in der Flut: warum wird sie nicht überspült? Da stimmt etwas nicht.

Denn der große Garten liegt verödet wie noch nie. Vielleicht hat sich hierher, in die Sträucher und in die riesigen Bäume die Tradition geflüchtet, in Waldeseinsamkeit, in Wiesenwildnis — aber sie ist tot. Der Naturpark von Gottes wunderbarer Gnade ist vom Totenhaus umwittert. Auch an Sonntagen ist er fast leer. Und der wienerische Früh-

ling ist gekommen, dieser blühend dahinstreichende, zärtliche mit den blonden Mädchen und den straffen, Augen Frauen. Nichts. Oh, hier seufzt man die so übel gescholtene Vergangenheit herbei, denn dieses Schweigen, diese Leere ist Blasphemie, Verhöhnung des Wanders vom Prater.

Dick und Lichtung, uralte Bäume, Eichen, Kastanien, Ahorn, hellgrüner Teppich dazwischen gebreitet: die grandiose Privat-Jagd der Kaiser, der k.k. Prater wie er hier, von Josef II. dem Volke zur freien Benützung übergeben. Das Volk hat es vergessen. Hier lebt noch der österreichische Wald, sonst nichts. Man kümmert sich nicht um ihn. Ein feudaler Polostub hat ein Stück gekauft und arrangiert ein separates mondänes Treiben. Und sonst? Der gesellschaftliche Teil von ehemals: Raitorso zum Beispiel? Die endlose Hauptallee mit einem Blumenwagenband überspannt, das in zwei Richtungen trappelt. Christanthemen, Orchideen, rote Rosen: dann ein einziges stummes Halt und mitten durch eine kleine glänzende Equipage, ein Greis darin im himmelblauen Generalstod, Ruie, Salottieren, Winken. Oh nein, wir sind forschrittlisch, wir wollen nicht sentimental werden. Aber es war doch Stil darin. „Besahren der Hauptallee mit Kraftwagen verboten.“ Das erinnert noch daran. Geht in Ordnung. Nur die Ambulanz der Freiwilligen Rettungsgesellschaft darf mit Strengegeheul die Brunnstraße des Praters durchlaufen. Und die Gummiräder? Haster und alle ihre Trabanten, wienerische Spezies wie Dienstmänner, Wälschermädchen usw. sind ja bekanntlich im Aussterben. Sie tun dies mit seltener Unerschrockenheit seit zehn Jahren. Also kein Rossegetrappel im Prater.

Wo seid ihr überhaupt alle hin, ihr Beschwingten, Freundschaften, Plaudernden: ihr laßt längt der Wege auf den grünen Klappstühlen, oder ihr schwirrt zwischen den Gassen vorbei, elegante Frauen, bezaubernde Kavaliere. Euer Lachen und euer Fröhlichkeit erfüllt das Laub der Bäume. Weg. Versunken. Keine Gardeoffiziere mehr in ihren weißen Mänteln und roten Kragen, die ein lüdes Mädel hinaus zum Lusthaus führten. (Welch ein Name. Es heißt aber wirklich Lusthaus.) Ein Restaurant ist noch darin. Aber wer kommt da hinaus: am Ende der Hauptallee, also am Ende der Welt! Die Separates im ersten Stod haben Spinnweben angelegt. Die Krise beginnt zuerst bei der Liebe, sagen wir so. Wo gibt es heutzutage noch Kavaliere, die eine Frau zum Nachtmahl ausführen. Man zeige mir einen solchen Tollkühnen! Adieu ihr, Blaucure, Lebenswerte

Erscheinungen des Alltags. Adieu auch ihr, Korporal und Wachtmeister, Husar und Ulan, die ihr mit euren böhmischen Kindermädchen die Gefilde des Wurstelpraters bevölkert habt. Die Buden liegen verlassen, es riecht nach Rober und Schbigkeit, Lautsprecher toben überall, es ist leer, leer, leer! Oh, wohin bist du gegangen, du Aristokrat unter den Kummelpfähen Europas. Die Gastwirte vom Prater haben eine Petition an die Regierung gerichtet. Nur bei der „Schäferin“ sitzen noch ein paar Leute: für ein Trintgeld kriegt man da noch ein Schnitzel, das über den Rand des Tellers hinausragt. Das ist noch Tradition. Und nur bei der Berg- und Talbahn haben sich Zweifelhaftigkeiten eingefunden, die dieses alte Vergnügen befeuern kann. Man möchte meinen, man wäre im Berliner Lunapark, soviel nüchternes Geschrei ist um die Anlage. Und das ist doch wohl das Kräfte, das man dem Wiener Geist nachjagen kann.

Das Riesenrad schaukelt ohne Passagiere hinauf. Es ist rot und grün erleuchtet. Ein Paradoxon aus Stahl.

Ja, es ist schade, daß es so gekommen ist. Wir wollen darüber nachdenken, denn es ist ein schwieriger Fall. Der Prater ist das Wahrzeichen Wiens geworden und vielleicht auch ein Symptom für die Großstadt überhaupt, die es sich nicht leisten kann, eine Großstadt zu sein, weil sie zu arm geworden ist und ohne Anknüpf zum Leben. Da haben wir so viele Schlagwörter gehabt: Zollunion und Anknüpf an an das große Mutterreich, jetzt heißt es wieder Donau- föderation. Man kann nicht weiter. Aber wir alle hier in Österreich fühlen, etwas ist nicht in Ordnung mit uns. Wir sind abgeschnitten. Wir vegetieren. Wir sind faul bis in die Knochen. Das ist das Schweigen, das uns mit seinen Flügeln überschattet wie den großen Garten von Wien: das Verlorensein, die bodenständige Festigkeit überdacht vom Tempo, von der zersetzten Zeit. Draußen braut und schäumt das Leben, wie in der vorwärtshastenden Großstadt Wien: nur der österreichische Dornröschengarten ruht in seiner Einsamkeit. Wohin mit uns? Sollen wir glauben, daß wir ausgestoßen sind? Man spricht ja in jedem Lande von der guten alten Zeit: der Sinn des Menschen führt dahin, nur das Vergangene erscheint ihm schön.

Der graue Strich der Hauptallee im Prater fließt in die Ewigkeit. Wohin fließen wir alle? Denn daß die Zukunft uns trüber und untrüber erscheint als jemals jetzt. Und waren die Menschen damals glücklicher: wer von uns, der es erleben durfte, kann es mit Bestimmtheit sagen. Aber daß es so nicht gut ist, das wissen wir.

und bei dem Wohnungsbau. Auf Betreiben der Stadt Wiesbaden und anderer Gemeinden habe das Wohlfahrtsministerium nunmehr zugelassen, daß Hauszinssteuer-mittel zur Unterhaltung von Großwohnungen verwandt werden. Dadurch kann ein Teil der leerstehenden Altwohnungen dem Markt wieder zugeführt werden. Für den Ausbau der Stadthalle stehen 100 000 M. zur Verfügung, dagegen mußte die Herrichtung des Kavalleriehauses aus Geldmangel zurückgestellt werden. Die städtischen Verwaltungen, die zum Teil in Miethäusern untergebracht waren, sind in eigene Häuser, vor allem in der Friedrichstraße und im früheren Landratsamt eingezogen worden. Für die vorstädtische Kleinsiedlung übernahm der Magistrat in 40 Fällen die Bürgschaft für Darlehen in Höhe von 2500 M.

Die Gartenverwaltung hat ihren Zuschußbedarf auf 157 000 M. herabgesetzt und ist damit auf dem Niveau angelangt, das eine Kurstadt in gärtnerischer Hinsicht unbedingt halten muß. Der Oberbürgermeister begrüßte, daß durch die Hugo-Reisinger-Stiftung die Erschließung des Bahnhofsgebiets durch eine schöne Garten- und Brunnenanlage, die in einigen Wochen dem Verkehr übergeben wird, möglich wurde.

Die Krankenhausverwaltung hat einschneidende Sparmaßnahmen getroffen und auf dem Gebiete der Pflege von Wissenschaft und Kunst ist man auf Mindestbeträge heruntergegangen. Auf dem Gebiete des Schulwesens sind ja die notwendigen Abbaumaßnahmen hintertend bekannt. Durch den Tod des Leiters der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Professor Bullisch, wird die Frage des Fortbestehens dieser Schule wieder akut. Man will einstweilen die Stelle auf ein Jahr provisorisch verwalten lassen und inzwischen mit Mainz über ein Zusammengehen Fühlung nehmen.

Beim Wohlfahrtsrat sind die Anforderungen über alle Erwartungen gestiegen. Im März 1932 waren 17 900 Parteien, davon 9000 Wohlfahrtsdienstlose zu betreuen. Trotz der gewaltigen Steigerung um 5700 Parteien konnte der leistungsfähige Wohlfahrtsrat, soweit sich jetzt überblicken läßt, eingehalten werden. Dies war natürlich nur durch schärfste Kontrolle möglich.

Der Gesamtsatz des Wohlfahrtsamtes beträgt für das Jahr 1932 ohne Jugendamt 13,6 Millionen, der Zuschußbedarf 11,5 Millionen. Eine generelle Senkung der Richtsätze hält der Magistrat nicht mehr für tragbar.

Das Personal des Wohlfahrtsamtes hat sich trotz der außerordentlichen Steigerung der Tätigkeit nur von 189 auf 195 Köpfe erhöht. Von dem Verein Wiesbadener Volksspeisung wurden 69 200 M. aufgebracht und dadurch die große Speisung den Winter hindurch gewährleistet. Der Oberbürgermeister sprach allen Organisationen und einzelnen Personen, die an diesem Liebeswerk beteiligt waren, herzlichsten Dank aus.

Die Zentralküche, die sich entgegen anderer Erwartungen sehr bewährt habe, werde ihren Betrieb den Sommer hindurch nur beschränkt aufrecht erhalten, im Winter aber in gleichem Umfang weitergeführt werden.

Im Jahre 1930 waren bei der Stadt 749 Beamte tätig, die bis zum Jahre 1932 auf 680, also um 69 vermindert wurden. Die Zahl der ständigen Angestellten konnte durch die wachsenden Aufgaben der Steuerverwaltung und des Wohlfahrtsamtes nicht gesenkt werden. Die Zahl der Tarifangestellten ging von 331 um 35 auf 296 zurück, die der Arbeiter von 1853 auf 1396. Die Summe für Löhne und Gehälter, die im Jahre 1930 12 650 000 M. betrug, sank um rund 4 Mill. auf 8,4 Millionen.

Das große Defizit, so betonte der Oberbürgermeister, sei durch weitere Einsparungen und Abbaumaßnahmen nicht auszugleichen. Ebenso untragbar sei die Erhöhung von Steuern und Gebühren.

Eine Senkung, die schon an dem staatlichen Widerstand scheitern würde, ist natürlich auch nicht denkbar. Der Magistrat ist aber bereit, in einzelnen Fällen durch Stundung und Erlass entgegenzukommen. Ebenso bleiben die im letzten Jahre aufgestellten Grundätze über Steuererleichterungen für Neuziehende aufrecht erhalten. Auch hinsichtlich der Straßenanliegerbeiträge, Kanalsteuern usw. soll Entgegenkommen gezeigt werden. Außerdem hat der Magistrat sich mündlich und schriftlich dafür eingesetzt, daß die staatliche Besteuerung des Grundbesitzes gemildert und die hohen Einheitswerte, unter denen besonders Wiesbaden leidet, herabgesetzt werden.

Auf die Dauer, so führte Oberbürgermeister Krüde aus, ist es natürlich unmöglich, den städtischen Etat mit einem Defizit abzuschließen. Die Beseitigung des Defizits und ein ausgeglichener Haushaltsplan muß dringend erstrebt werden. Hierzu ist aber die Stadt leider aus eigener Kraft nicht in der Lage.

Sollen die Verhältnisse Wiesbadens saniert und der Etat ausgeglichen werden, so muß die Stadt ebenso wie andere Städte die Forderung erheben, daß von Seiten des Reiches Maßnahmen getroffen werden, durch die die Last der Wohlfahrtsdienstlosen im wesentlichen den Städten abgenommen wird.

Aber die Maßnahmen selbst haben wir nicht zu entscheiden, persönlich möchte ich aber bemerken, daß ich die wichtigste Maßnahme nicht in neuen Lohnkürzungen und Steuererhöhungen sehe, sondern darin, daß die Arbeitslosen volkswirtschaftlich nützlicher Arbeit zugeführt werden, durch die auch die private Wirtschaft wieder angefeuert wird.

Wiesbaden, das Jahre schwerer Schicksalsschläge hinter sich habe, müsse einen besonderen Anspruch auf Hilfe bei Reich und Staat immer wieder anmelden. Der Oberbürgermeister verwies dabei auf die besondere Sorgfalt, die der Staat seinen Bädern zuwendet und bezeichnete es als untragbar, daß der Staat auf diese Weise seinen Gemeindebädern auch noch schwere Konkurrenz mache.

Preußen, das das Wiesbadener Theater nicht mehr weiter führt, müsse unserer Stadt in anderer Hinsicht eine Entschädigung schaffen.

Preußen müsse sich auch beim Reich für Wiesbaden einsetzen und Oberbürgermeister Krüde verwies dabei auf die Haltung Badens, das den Antrag Baden-Badens auf Gewährung einer Spielkonzession beim Reich unterstützt hat.

Oberbürgermeister Krüde schloß: „Der Etat ist im letzten Jahre nicht durch übereinstimmende Beschlüsse der städtischen Körperschaften, sondern durch Verfügung der Staatsbehörde im Zwangswege festgestellt worden. Der Etat ist vom Magistrat in diesem Jahre auf der Ausgaben Seite derart eingeschränkt und mit einer solchen Sorgfalt aufgestellt worden, daß der Magistrat auch in diesem Jahre einer Kaufprüfung durch einen Staatskommissar und einem Eingreifen der Aufsichtsbehörde mit Ruhe entgegensehen kann.“

Der Magistrat hat aber den Wunsch, wenn irgend möglich, den Etat durch übereinstimmende Beschlüsse der städtischen Körperschaften zu verabschieden, damit die in den letzten Jahren hart erschütterte Selbstverwaltung wieder hergestellt und die Selbstständigkeit des Handelns für die Stadt wieder erreicht wird.

Der Magistrat wird danach gern bereit sein, über die einzelnen Etats mit der Stadtverordnetenversammlung im Wirtschaftsausschuß, wie im Plenum zu verhandeln, und ich gebe mich persönlich der Hoffnung hin, daß wir in diesem Jahre zu einer gemeinschaftlichen Verabschiedung des Etats durch übereinstimmende Beschlüsse der Körperschaften und damit auch wieder zu einer erfreulichen und gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung kommen werden.

Der Verlauf der Sitzung.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzende Dr. Kettenbach leitete die Sitzung. Stadtverordneter Dr. Schellenberg (Staatspart.), der anstelle des verstorbenen Stadtrats Schwann in der Magistrat eintritt, wurde von Oberbürgermeister Krüde vereidigt. Nachdem die Bürgermeister die Mitteilungen über den Etat gegeben hatten, die von der Stadtverordnetenversammlung schweigend und im wesentlichen auch ohne Zwischenruf entgegengenommen wurden, fügte Dr. Kettenbach bezüglich der weiteren Behandlung des Etats hinzu, daß der Kleinstenrat am Dienstag zusammentritt und über diese Frage beschließt. Von den kom-

munistischen Anträgen wurde ein Antrag, der die Ablehnung der Pflichtarbeit forderte, auf Beschluß der Versammlung, der durch die Nationalsozialisten herbeigeführt wurde, vorausgenommen. Der Antrag wurde von den Stadtverordneten Bach (Komm.) und Stöck (Komm.) begründet. Die Nationalsozialisten enthielten sich trotz scharfer Angriffe jedes Zwischenrufes. Auf die kommunistische Behauptung, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten reiner Demagogie entspringe, antwortete der stellvertretende Vorsitzende Dr. Kettenbach, daß eine solche Behauptung eine Verhöhnung des ganzen Hauses darstelle. Denn wenn die Kommunisten von vornherein eine Zustimmung als Demagogie empfänden, dann brauchten sie ihren Antrag gar nicht erst zu stellen. — Kommunisten verbat sich die Einmischung des Vorsitzenden, worauf die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien und schließlich auch die Nationalsozialisten den Saal verließen, so daß über den besprochenen Antrag nicht abgestimmt und über die weiteren kommunistischen Anträge nicht verhandelt werden konnte. Der Saal leerte sich unter lebhaften Protesten der kommunistischen Fraktion.

Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

Wiesbadener Nachrichten.

Veränderlich.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die Witterung der vergangenen Woche hat nicht gehalten, was sie versprochen hatte: nach erneuter harter Erwärmung, bei der die Höchsttemperaturen in weiten Teilen Mitteleuropas wieder 30 bis 32 Grad Celsius erreichten, machte der Einbruch maritimer Kälte aus dem hochsommerlichen Charakter des Witterungsbildes schon zu Beginn der Woche ein Ende, allerdings zunächst nur im Westen und Süden Mitteleuropas. Im Osten blieb es trotz wesentlichen Temperaturrückgangs und zunehmender Bewölkung bis gegen die Wochenmitte hin noch warm, und namentlich im nord- und ostdeutschen Binnenland wurden bis Dienstag vielfach noch 20 Grad Wärme erreicht. Weitere Kälteausfälle führten dann auch hier zu kühler und regnerischer Witterung. Bemerkenswert ist, daß auch diesmal, wie in den Tagen nach Pfingsten, der Umschwung vielfach ohne Gewitter erfolgte.

Von landwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus muß übrigens die Entwicklung der letzten acht Tage als erfreulich begrüßt werden, litten doch immer noch weite Teile des Binnenlandes nach dem trockenen Winter und Frühling unter Mangel an Bodenfeuchtigkeit, der durch die letzten Regengüsse fürs erste behoben sein dürfte. Die Wendung zum Schlechteren war also in Wirklichkeit eine Wendung zum Guten, und höchst erwünscht war vor allem der ergiebige Landregen, der in der Nacht zu Mittwoch und tagsüber Teile von Mittel- und Norddeutschland betraf. Der Landregen wurde durch die einen Teiltief ausgelöst, das innerhalb des großen, jetzt ganz Mitteleuropa bedeckenden Tiefdruckgebietes zwischen Elbe und Oder zwischen östlicher Warmluft mit westlicher Kaltluft in nordwärts nach der Ostsee wanderte. Ihm folgten aus dem westlichen Mittelmeergebiet ein zweites Tiefdruckzentrum, unter dessen Einfluß das Wetter wohl bis zum Wochenende veränderlich und vielfach regnerisch bleiben wird. Da das ganze Gebiet niedrigen Luftdruck neuerdings sehr weit südwärts über das Mittelmeer hinaus bis nach Afrika reicht, aber nach allen Richtungen von hohem Luftdruck umschlossen wird, so sind die Aussichten für die nächste Zeit überhaupt wenig günstig, und es scheint, daß die zentralen Gebiete des Erdteils noch für eine Weile der Tummelplatz der Depressionen bleiben werden, die hier ihren aus niedrigen Breiten herangeführten erheblichen Feuchtigkeitsegehalt in Form ergiebiger Regengüsse abgeben werden. Dabei werden allerdings immer einzelne Landesteile mit etwas höherem Luftdruck wenig oder gar keinen Regen abbekommen, wie z. B. auch Donnerstag im mittleren Norddeutschland wieder vielfach heiteres und mäßig warmes Wetter herrschte, wogegen es im Westen und Süden, wie schon mehrere Tage, noch empfindlich kühl war. Hier macht sich der Zufluß von Kaltluft aus dem Norddeuropa bedeckenden Hochdruckgebiet am härtesten bemerkbar. Es zeugt von der Intensität dieses Kaltluftsturms, das um die Mitte der Woche in weiten Teilen Mitteleuropas und stellenweise sogar in Südschweden das Thermometer noch einmal unter Null gesunken ist, und daß dort verbreitete Schneefälle vorgekommen sind. Noch kälter als in Westdeutschland und im Alpengebiet ist es in England; so hatte London wiederholt morgens nur 6 Grad Wärme.

Wohl könnte die Verlagerung des zurzeit den ganzen Atlantik und den Norden des Erdteils bedeckenden hohen Drucks nach den zentralen Gebieten Europas alsbald eine durchgreifende Wetterbesserung mit schneller Wiedererwärmung bewirken; aber Anzeichen dafür liegen im Augenblick nicht vor, und die Erfahrung lehrt, daß es meist geraume Zeit dauert, bis sich eine Großwetterlage, wie wir sie zurzeit haben, durchgreifend umgestaltet. So wird man also für die kommende Woche auf anhaltende Veränderlichkeit mit häufigen Regenfällen rechnen müssen, wobei die Temperatur im allgemeinen im Osten höher liegen wird, als im Westen und Süden.

Durchführung der Gemeinnützigkeitsverordnung.

Stundung von Gerichtsgebühren für Wohnungsunternehmungen, welche die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragt haben.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge teilt der Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Justizminister in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten usw. folgendes mit:

Wohnungsunternehmen, deren Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit schwebt, können die einstweilige Stundung der Gerichtsgebühren in Erwartung der Anerkennung bei der zuständigen Gerichtsstelle beantragen. Hierbei ist folgendes zu beachten: Die Anerkennung kann frühestens mit dem Tage wirksam werden, an dem der Antrag auf Anerkennung bei der Anerkennungsbehörde eingegangen ist. Soweit Wohnungsunternehmen, die bisher nicht im Besitz der Gebühren- und Stempelbefreiung waren, ihre Anerkennung als gemeinnützig erst nach dem 2. 1. 1931 — dem Inkrafttreten der Gemeinnützigkeitsverordnung — beantragt haben, werden nach obiger Vorschrift die Gebühren, die vor dem Tage des Eingangs ihres Antrages bei der Anerkennungsbehörde fällig geworden sind, von der demnachstigen Anerkennung nicht betroffen. Solche Gebühren zu stunden, besteht deshalb kein Anlaß. Die Bewilligung einer Stundung kommt nicht in Frage für Wohnungsunternehmen, bei denen der Antrag auf Anerkennung von vornherein ausfallslos erscheint.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges ersucht der Minister, darauf zu halten, daß die Stundungsanträge der Gerichtsbehörde durch Vermittlung der Anerkennungsbehörde vorgelegt werden. Die Anerkennungsbehörde hat das Vorliegen des Anerkennungsantrages auf dem Stundungsgesuch zu bestätigen, den Tag des Eingangs des Anerkennungsantrages darauf zu vermerken und den Stundungsantrag, sofern nicht mit einer Ablehnung der Anerkennung zu rechnen ist, mit ihrer Stellungnahme an die Gerichtsbehörde weiterzugeben. — Der Justizminister wird auch seinerseits die Justizbehörden mit entsprechender Anweisung versehen.

Eintragung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in die gerichtlichen Register.

Der Justizminister hat die Registergerichte darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 12. 1930 die Firma eines Wohnungsunternehmens, das nicht auf Grund dieses Kapitels als gemeinnützig anerkannt oder dem die Anerkennung entzogen worden ist, nicht die Bezeichnung „gemeinnützig“ enthalten darf.

Die umstrittenen Sommerurlaubsarten.

Keine praktischen Beschränkungen durch die Fünftagefrist. Die jetzt herausgekommenen Verlaufs- und Benutzungsbestimmungen der Sommerurlaubsarten mit 20 Prozent Fahrtermäßigung haben allem Anschein nach Mißverständnisse hervorgerufen. So heißt es zum Beispiel, daß die Bestimmung, wonach die Karten fünf Tage vor dem Fahrtantritt gelöst werden müssen, praktisch gesehen eine Benachteiligung der Fahrgäste bedeute. Wie wir nach guter Information dazu erfahren, trifft das keinesfalls zu. Die Reichsbahnverwaltung hat, wie uns gesagt wird, auch nicht das allgeringste Interesse daran, die Benutzung der ermäßigten Sommerurlaubsarten irgendwie zu behindern. Die Fünftagefrist ist lediglich als eine Schutzbestimmung für den Fall eines besonders Verfallsandrangs gedacht. Sie ist den einzelnen Reichsbahndirektionen auch lediglich für solche Fälle empfohlen worden. Sie ist demnach eine Bestimmung von rein örtlicher Bedeutung und die Verwaltung der Reichsbahn nimmt an, daß sie im allgemeinen überhaupt nicht zur Anwendung gelangen wird. Die Sommerurlaubsarten können, wie uns ausdrücklich gesagt wird, auch noch einen Tag vor Reiseantritt gelöst werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die einzelnen Reichsbahndirektionen, wenn sie einen Andrang befürchten, der eine längere Frist zwischen Lösung und Fahrtantritt notwendig machen sollte, dies auch rechtzeitig genug veröffentlichten. Es handelt sich also, wie uns ausdrücklich erklärt wird, um eine Ausnahmebestimmung. Auch ein zweiter Punkt der jetzt bekanntgegebenen Bestimmungen ist nach Ansicht der Reichsbahnverwaltung sehr mißverstanden worden. Dabei handelt es sich um die Kleinbahnfahrten, die für die Ermäßigung der Sommerurlaubsarten nicht in Betracht kommen. Seitens der Reichsbahn wird uns dazu gesagt, daß alle Strecken, deren Eigentümer die Reichsbahn ist, unter die Ermäßigungsbestimmungen fallen. Privatbahnen, die ja einen anderen Eigentümer haben, konnten natürlich von der Reichsbahn nicht zu einer entsprechenden Ermäßigung veranlaßt werden. Das gleiche gilt für die 4 oder 5 Kleinbahnfahrten, deren Betrieb zwar von der Reichsbahn geführt wird, die sich jedoch im Besitze Anderer befinden.

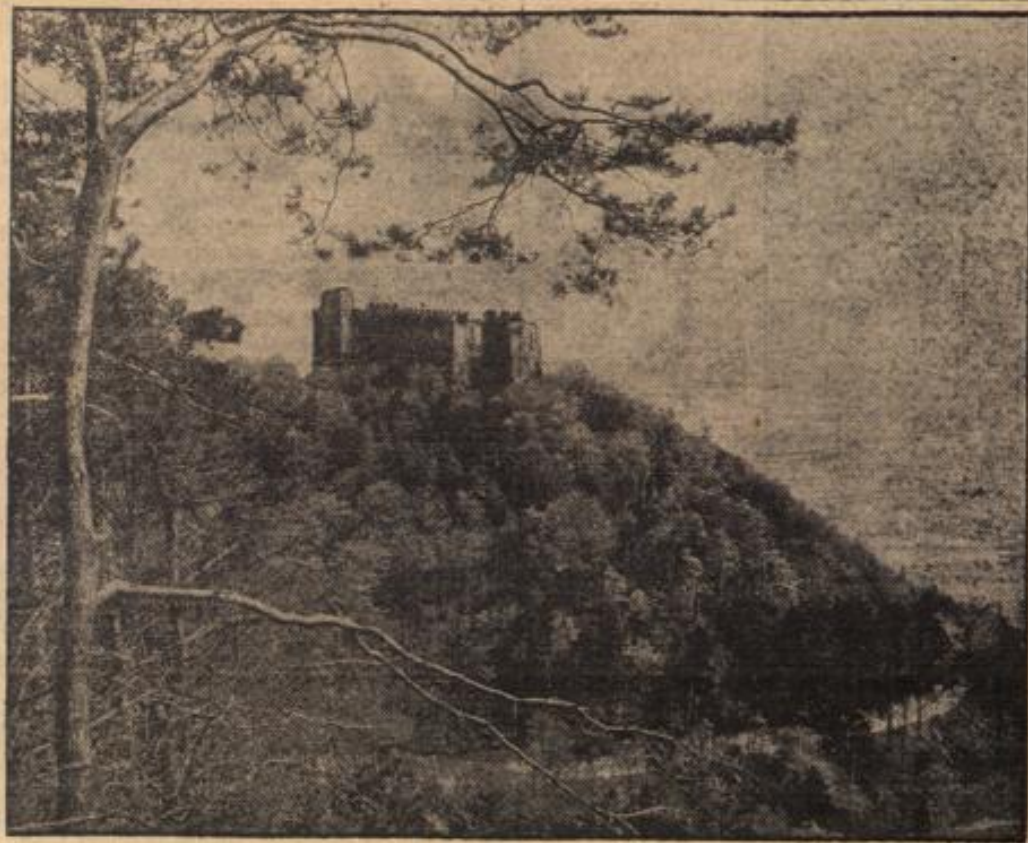
Wiesbadener Gäste. Folgende Teilnehmer am Reit- und Springturnier sind in Wiesbaden eingetroffen und im Hotel „Kaiserhof“ abgestiegen: General der Kavallerie von Posed aus Berlin; Oberst a. D. Lauffer aus Stuttgart; Landesballmeister Major a. D. Hertel aus Darmstadt. — Der Sohn des bekannten Magnaten Sir Henry Deterding, H. Deterding war mit seiner Gemahlin und einigen Freunden in drei Sportflugzeugen, von London kommend, in Wiesbaden eingetroffen und hatten im Hotel „Rosa“ Wohnung genommen. Von Wiesbaden aus haben die Herrschaften den Flug nach München fortgesetzt.

Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 25. Mai 1932 angemeldeten Fremden betrug 33 719 Kurgäste und Passanten.

Vom Erbenheimer Flugplatz. Die Rhön-Rositten-Gesellschaft hielt gestern auf dem Flugplatz in Erbenheim eine Sitzung ab, zu der sich auch Professor Georgi, Ministerialrat Hollmann (München), sowie die Herren Urjins, Stamer und Stelzmann aus Köln eingefunden hatten. — Am gleichen Tage kamen drei auswärtige Maschinen in Erbenheim an, und zwar ein „Albatros“ aus München, eine Junkers-Junior aus Kassel und eine Klemm-Siemens aus Stuttgart.

Verwertung der Kochbrunnen-Quellenerzeugnisse. Der Magistrat genehmigte den Abschluß eines Vertrages mit den hiesigen Vossianwerken über Herstellung und Vertrieb von Quellenerzeugnissen, Versand von Kochbrunnenwasser usw.

Jahrgang 1932 der Schulamtsbewerber wird voll beschäftigt. Einem Erlaß des Kultusministeriums über die Verteilung der Geldmittel für Schulamtsbewerber und Bewerberinnen ist zu entnehmen, daß die evangelischen Anwärter des Jahrgangs 1932 bis auf einen kleinen Rest jetzt in vollbezahlter Beschäftigung untergebracht sind. Die noch zurückgebliebenen Kräfte müssen sich bis zum 1. Oktober dieses Jahres zur Verfügung halten, da sie voraussichtlich zum Dienst einberufen werden. Im allgemeinen ist ein gewisser Beharrungszustand in der Arbeitslage der Schulamtsbewerber eingetreten. Es erfolgt darum eine wesentliche Vereinfachung der Geldverteilung. Die Regierungen sind ermächtigt worden, künftig monatlich selbständig über die Geldbeträge der Bewerber und Erfolgshefter zu verfügen.



Hundertjahrfeier des Hambacher Festes.

Blick auf die Ruine des Schlosses von Hambach (Pfalz), wo vor 100 Jahren, am 27. Mai 1832, eine Kundgebung von 20 000 Patrioten für die Einheit Deutschlands stattfand. Zur Erinnerung an dieses Hambacher Fest, das damals in ganz Deutschland begeisterten Widerhall fand, wird jetzt eine große Gedenkfeier in Hambach veranstaltet.

Vorläufig keine neuen Landarbeiterwohnungen. Der Reichsarbeitsminister hat allen zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Geldfrage des Reichs dazu zwingt, die Förderung des Neubaus von Landarbeiterwohnungen mit Mitteln der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge in diesem Jahr vorübergehend einzustellen. Die bewilligten Beträge von 1931 dürfen noch verwendet werden. Der Minister bedauert es sehr, daß die Durchführung der wertvollen Maßnahmen verlangsamt werden muß. Er will versuchen, durch die Anlegung vieler Landarbeiterfamilien im Rahmen der landwirtschaftlichen Siedlung einen Ausgleich zu schaffen. Der Rest der vorjährigen Mittel soll zur Stärkung der schon vorhandenen Eigenheime, zur Vergrößerung der Landzulagen und zur Umwandlung von Werkswohnungen in Eigenheime benutzt werden. Beschäftigte Landarbeiter, deren Lohn und der Ertrag der Scholle nicht zum Unterhalt reicht, können unter bestimmten Voraussetzungen ein besonderes Darlehen erhalten. Werkswohnungen von aufgeteilten Gütern sollen als Eigenheime ausgebaut werden.

Die Zahl der Notare in Preußen bezifferte sich im Jahre 1931 auf 6197. Davon entfiel mehr als ein Drittel auf den Bezirk des Kammergerichts. Die Gesamtzahl der von den Notaren getätigten Geschäfte stellte sich auf 2.715 Millionen gegen 2.721 Millionen im Vorjahre und 2.722 im Jahre 1929. Es zeigt sich also in den letzten Jahren eine stetige Verminderung, deren Ursache in der Gestaltung der Wirtschaftslage zu suchen sein dürfte. Von den Notariatsgeschäften entfielen auf Testamente und Erbverträge 34 703, auf Verträge und einseitige Willenserklärungen 959 220. Während alle Arten von Geschäften der Notare zurückgegangen sind, haben sich — ein Zeichen der Zeit — die Wechselpapiere bemerkenswert gesteigert. Ihre Zahl erhöhte sich von 497 800 im Jahre 1929 auf 504 200 im Jahre 1930 und weiter auf 573 000 im Berichtsjahre.

Scheidung auf Umwegen. Ein Deutscher hatte sich 1922 mit einer Dänin verheiratet. Durch Bewilligung des Königs von Dänemark wurde die Ehe 1927 auf übereinstimmenden Antrag der Beiden wegen gegenseitiger Abneigung geschieden. Der Mann wollte, wie ein Standesbeamter aus Kiel jetzt allen anderen Personen dieses Faches mitteilt, eine neue Ehe mit einer preußischen Staatsangehörigen eingehen. Die Verheiratung wurde abgelehnt, weil die Scheidung der ersten Ehe in Deutschland nicht anerkannt wurde. Wenn auch die Gegenseitigkeit in solchen Dingen mit Dänemark verbürgt ist, so liegt hier jedoch ein Tatbestand zugrunde, der nach deutschem Recht keine Ehe schließt. Unsere Gesetze erkennen den häuslichen Gemeinschaft. Nach Ablauf eines Jahres konnte die Ehe wegen böswilligen Verlassens geschieden werden, da die Frau nicht zu ihm zurückgekehrt war. Sie wurde als schuldig verurteilt und der Mann konnte die neue Ehe schließen.

Kurstelegramme. Die Vorschrift der Post, daß mehrere förmliche Pakete, zum Beispiel Hutschachteln, Zigarettenstiften usw., die als ein Paket verschickt werden sollen, durch gemeinsame Umhüllung oder Holzleiste zu einem Gebinde vereinigt sein müssen, soll verfahrensweise gemildert werden. Es können jetzt 5 dergartige Pakete mit einer losen Umhüllung zu einem Gebinde gebunden sein. Die Schachteln müssen genügend Widerstandskraft besitzen. Die Schnüre sind so anzulegen, daß ein Abstreifen nicht möglich ist. Ein Doppel der Anschrift soll in jedem einzelnen Stück liegen. Im übrigen müssen die gesamten Angaben auf allen Paketen übereinstimmen. Auf der Karte und Anschrift ist anzugeben, daß es sich zum Beispiel um ein Gebinde aus drei Schachteln handelt. — Die eingeführten Kurstelegramme werden jetzt im innerdeutschen Verkehr verfahrensweise auch post-, telegraphen- oder bahnlagernd zugelassen.

Rundfunkstörungen. Die der Funthilfe Wiesbaden und Umgebung zugehenden Meldungen über Rundfunkempfangstörungen lassen erkennen, daß vielen Rundfunkteilnehmern die allgemeine Wirkungsweise ihrer Empfangsapparate nicht genügend bekannt ist. Es werden in Vertretung der wirksamen Empfangsmöglichkeiten Reichweitenanprüche gestellt, die nicht erfüllt werden können. Deshalb sei hier kurz zusammengefaßt der heutige Stand der Rundfunktechnik dargestellt, die zu einem gewissen Abschluß gelangt ist. Die Empfänger zur Aufnahme der Rundfunkwellen zwischen 200 und 2000 Meter sind normalisiert. Die Standardhaltungen für die einfacheren Geräte sind die Zwei- und Dreiröhre-Rückkopplungsanordnungen geworden. Die Standardhaltungen für die Fernempfänger sind die Anordnungen mit einer Schirmgitterröhre, drei Niederfrequenzröhren, wobei erstere in

Verbindung mit 2 bzw. 3 Abstimmkreisen steht. Ist ein Lichtnetz vorhanden, so werden Einheiten verwendet, in denen der Empfänger mit dem Nebenschlußgerät in einem Gehäuse zusammengefaßt ist. Auch auf dem Gebiete des Lautsprechers ist die Normalisierung eingetreten, indem heute für die einfachen Geräte magnetische Lautsprecher mit sogenannten Vierpolkreisen und für die teureren Geräte die elektrodynamischen Lautsprecher zur Anwendung kommen. Belehrungen über die einzelnen Fabrikate erteilen die hiesigen Rundfunk-Fachgeschäfte.

Zur zwangsweisen Versteigerung am Amtsgericht kam ein in der hiesigen Gemarkung belegenes Hausgrundstück im südlichen Aertal. Eigentümer ist ein hiesiger Kaufmann. Das Höchstgebot gaben zwei Hypothekengläubigerinnen in Godesberg am Rhein mit 4850 M. ab. Das Gericht verwarf das Gebot auf Grund der Notverordnung, da die gebotene Summe nicht die Mindestgrenze der Taxe erreicht hatte.

Das abgestürzte Segelflugzeug geborgen. Die Feuerwehr, die am Freitagvormittag um 8 Uhr mit der Bergung des abgestürzten Segelflugzeugs von den Bäumen des Waldes an der Platter Straße begonnen hatte, brachte den ganzen Vormittag zur Bergung und zum Abtransport des Flugzeuges, das wieder nach Erbenheim gebracht wurde. Mit der großen Leiter gelangte man zu dem auf den Wipfeln liegenden „Cumulus“, montierte einen Haken ab und ließ dann das Flugzeug herunter. Lediglich der Stoff an den Tragflächen ist ausgerissen. Auch der Fallschirm konnte geborgen werden. Für den Finder des Barographen, der bei dem Sturzflug verloren ging, hat der Mittelhessische Verein bzw. die Flughafenerwaltung einen Preisflug über den Städten Mainz und Wiesbaden ausgesetzt.

Die Blutsäure tritt auch in diesem Jahre an den Obstplantagen stark auf und richtet an den Obstbäumen großen Schaden an. Allenhalben ist man damit beschäftigt, gegen den Schädling vorzugehen, und ihn zu vernichten.

Zyklusconcerte der Kurverwaltung 1932/33. Auch in der nächsten Konzertsaison wird die Kurverwaltung acht Zyklusconcerte veranstalten.

Wiesbadener Viehhofmarktbericht. Wegen zu geringen Auftriebs fanden am Freitag keine Notierungen statt. — Berichtigung zum Viehhofmarktbericht vom 23. Mai 1932: B. Bullen: a) 23—30 statt 26—36.

Der erste Feldberggottesdienst, den die Evangelische Landeskirche in Nassau in diesem Jahre veranstaltet, findet am Sonntagvormittag um 11.15 Uhr an dem Brunnhildesfelsen statt. Die Predigt hält Herr Pfarrer Kühn (Kob am Berg); der Gesangchor von Arnoldshain hat seine Mitwirkung zugesagt.

Der Verein der Künstler und Kunstfreunde, E. B., hält am Freitag, den 3. Juni, 18 Uhr im Kasino (Erdgeschoss) seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch Wahl des Vorstandes und Verwaltungsrats, eventuell unter Änderung der Satzung.

Die nächste Rheinfahrt der Kurverwaltung nach Rüdesheim-Idmannshausen ist für Donnerstag, 2. Juni vorgelesen.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

Staatstheater. In der Erstaufführung des Schauspiel „Leiden und Lust“ von Herbert Eulenberg am Samstag im Kleinen Haus wird der Dichter der Erstaufführung beimohnen.

Kurhaus. Sonntag, 11.15 Uhr ist im Kurgarten ein Promenadenkonzert des Kurorchesters unter Leitung von Kammermusiker Adam Hahn. — Sonntag findet 20 Uhr im Abonnement ein Doppelkonzert statt, ausgeführt von dem städtischen Kurorchester unter Leitung von Musikdirektor Irmer und von dem Trompeten-Korps des 15. Reiter-Regiments, Paderborn. Leitung: Obermusikmeister Gerlach. — Der nächste Tanz- und Tee ist für am Montag angelegt. — Dr. Ernst Laaff hält am Montag, 20 Uhr, im kleinen Saale des Kurhauses einen einführenden Vortrag über die neuen Werke, Chor- und Orchesterwerke, die am Mittwoch, 1. Juni, in einem Sonderkonzert im großen Saale zur Aufführung kommen. Zur Veranschaulichung wird der Wiesbadener Madrigalchor einige neue und alte Chöre singen. Der Zutritt ist für Inhaber von Konzertkarten und Abonnenten frei. — Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zur Platte. Treffpunkt 14.15 Uhr am

Haupteingang des Kurhauses. — Große Stunden verspricht der am Dienstagabend im kleinen Saale des Kurhauses stattfindende „heitere Abend“ des bekannten Vortragsmeisters Fritz Schlotthauer.

In der Volkshochschule im Oberlyzeum am Boesepark spricht Fräulein H. Sotoff (Ruffin) am Dienstag, 31. Mai, abends 8 Uhr, über „Der Kollektivismus“.

Aus dem Vereinsleben.

Der Westermaldverein unternimmt am Sonntag eine Wanderung über den Bleidenstatterkopf, Rentmayer zur Adolf-Bengand-Hütte, daselbst Mittagstisch von 1 bis 3 Uhr und dann nach Rambach ins Restaurant Steinfle. Abmarsch 8 Uhr Elsser Platz.

Die Anzahl der deutschen Veteranen.

90 Versorgungsämter.

800 000 Kriegsverletzte. — 1 400 000 Familienmitglieder. — 1 1/2 Milliarden Mark Unterstützungsgelder. — 60 000 Veteranen und Veteranenwitwen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71. — 20 Jahre Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen.

Die Anzahl der deutschen Veteranen, die vom Reiche versorgt werden, sehen sich nicht nur, wie allgemein angenommen wird, aus den Kriegsverletzten und ihren versorgungsberechtigten Familienmitgliedern aus dem Weltkriege zusammen, sondern auch aus zahlreichen Veteranen und Veteranenwitwen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71. Aus dem Weltkriege gibt es 2,2 Millionen deutsche Kriegsverletzte und deren Hinterbliebene. Von ihnen sind 800 000 Mann als Kriegsverletzte versorgungsberechtigt, und 1 400 000 Versorgungsberechtigte setzen sich aus den Familien der deutschen Krieger zusammen. Die Gesamtsumme der Renten, die an sie ausgezahlt werden, beträgt rund 1,4 Milliarden Mark im Jahr. Für die ärztliche Hilfe sind besondere Abteilungen vorhanden, die sich in Krankenanstalten und Sanatorien befinden. Die Verwaltung der Versorgung unserer Veteranen erfordert einen großen Beamtenstaat. Insgesamt sind dafür 90 Versorgungsämter zuständig, nämlich 12 Hauptversorgungsämter und 78 einfache Ämter. In diesen Ämtern werden alle Fragen bearbeitet, die die Veteranen und ihre Familienmitglieder betreffen. Die Festlegung der Renten, der Arbeitsfähigkeit der Veteranen, der Heilbehandlung von Kranken und Verwundeten ist ihre Aufgabe. Bei der großen Anzahl von Versorgungsberechtigten ist die Arbeit umständlich und schwierig. Sie muß mit großem Eifer durchgeführt werden, denn die kranken Kriegsverletzten sind häufig sehr erregt und fühlen sich zurückgesetzt. Es ist das Bestreben, alle Forderungen und Ansprüche in gerechtester Weise zu erfüllen. Neben diesen Veteranen aus dem Weltkriege gibt es noch, was allgemein ziemlich unbekannt sein dürfte, rund 60 000 Veteranen und Veteranenwitwen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71. Auch diese Veteranen bekommen vom Reichsarbeitsministerium teils eine Rente, teils einen sogenannten Ehrenlohn. Durch die mehrfache Kürzung der an und für sich kleinen Renten ist die Einnahme dieser Veteranen stark zurückgegangen, da ihnen der Ehrenlohn von 25 Mark monatlich, der bisher bei der Bemessung der Renten unberücksichtigt geblieben war, als Einnahme angerechnet wird. Die Sozialrenten erfahren dadurch starke Verringerungen. Um das Los dieser alten Veteranen und ihrer Witwen zu mildern, hat sich von 20 Jahren der Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen und Kriegsverletzter gebildet. Er ist bestrebt, die alten Leute, die völlig arbeitsunfähig sind, auf jede mögliche Art zu fördern. Schon im Jahre 1913 wurde zum Regierungsjubiläum Wilhelm II. eine Jubiläumssammlung veranstaltet, die ungefähr 115 000 Mark brachte. Durch zahlreiche Beihilfen von Städten und Privatpersonen gelang es, im Laufe der 20 Jahre für die Veteranen die beträchtliche Summe von 8 Millionen Mark aufzubringen. In der Inflationszeit wurde das Hilfswerk stark behindert. Damals wurden Patenschafts-einrichtungen eingerichtet. Heute bestehen noch trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten 2403 Patenschaften. Im letzten Berichtsjahr kamen fast 450 000 Mark Patengelder ein, außer rund 20 000 M. Spenden. Es konnten mehr als 450 000 Mark an die alten Veteranen und Veteranenwitwen verteilt werden. Aus dieser Darstellung ergibt sich eine Gesamtübersicht über den heutigen Stand der Veteranen in Deutschland. Es ist zum ersten Male möglich gewesen, alle ehemaligen Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen in Zahlen zu erfassen.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

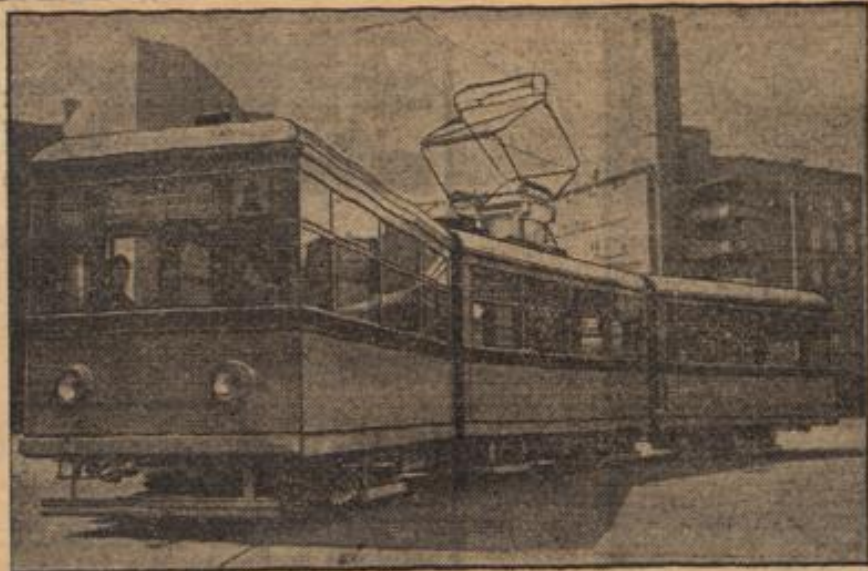
Der Raubüberfall auf den Geldbriefträger.

500 Mark Belohnung.

Frankfurt a. M., 27. Mai. Der überfallene Geldbriefträger Georg Mohr betreut schon seit drei Jahrzehnten den Bezirk Sandweg und ist darum jedem Bewohner des Bezirks eine bekannte Persönlichkeit. Als er gestern früh kurz nach 9 Uhr das Grundstück Sandweg 27 betrat, um einem gewissen Reumann Geld zu überbringen, wurde er an der Haustür des Hinterhauses von einem jungen Manne erwartet und dann im Hausflur durch mehrere Schläge niedergeschlagen. Dem Beamten wurde dann die Geldtasche entziffen. Auf seine Hilferufe und das Geschrei der Hausbewohner flüchtete der Räuber mit der Geldtasche, warf sie aber ehe er sie öffnen konnte, über eine Gartenmauer. Der überfallene Beamte kam in das Rotkreuzkrankenhaus und wurde hier einer Operation unterzogen. Er hat am Kopfe vier Verletzungen, die sehr ernster Natur sind. Die Ärzte hoffen indessen, ihn am Leben zu erhalten. — Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Räuber, — der auch die Postanweisung fingiert hat, — die Tat seit langem und sehr sorgfältig vorbereitet. Die Reichspost hat auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Von dem Gelde, das Mohr mit sich führte, ist nichts geraubt worden. Der Beamte hatte vorsichtsmäßig die Tasche verschlossen, und in der Eile gelang es dem Burschen nicht, das Schloß zu öffnen. In der Tasche befanden sich rund 1500 M.

Tödlicher Treppensturz eines jungen Studenten.

Marburg, 27. Mai. Der 19jährige Student Wilhelm Reitel aus Stodheim (Oberhessen) stürzte in der Nacht zum Donnerstag so unglücklich auf der Treppe, die von der Ritterstraße zum lutherischen Kirchhof führt, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er am Donnerstagnachmittag, ohne das Bewußtsein wiederlangt zu haben, verstarb. Wie verlautet, hatte sich der junge Mann scherzhafter Weise an den Lorbeerbäumen zu schaffen gemacht, welche in der Nähe der Unglücksstelle an einem Fronleichnamssaltar aufgebaut waren. Als er vor zukommenden Personen die Flucht ergriff und schnellen Laufs die hohe Steintreppe hinabwollte, stürzte er sich zu Tode.



Berlin erprobt einen interessanten Straßenbahnwagen-Typ.

Der „Großraum-Gelenkwagen“, der jetzt von der Berliner Straßenbahn ausprobiert wird. Der neue Wagen-Typus ist sehr lang und geräumig gehalten und ist dennoch durch die Gelenke, die seine Teile verbinden, äußerst Wendig. Die Wagenteile sind nach dem Prinzip der D-Zug-Wagen miteinander verbunden.

Kommunistische Aktivität im Industriegebiet.

Blinderungen und Angriffe auf die Polizei.

Zahlreiche Opfer.

Köln, 27. Mai. In verschiedenen Stadtteilen versuchten heute abend kommunistische Elemente Demonstrationen zu bilden. Im Stadtteil Ehrenfeld und in Köln-Rail kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Drei Personen wurden durch Schüsse verletzt. In den späteren Abendstunden kam es immer wieder zu Ansammlungen, bei denen zahlreiche Schaufensterheben zerstört wurden.

Gladbach-Rhein, 27. Mai. Zwei Kommunisten wurden heute nachmittag bei einem Zusammenstoß durch Schüsse, die angeblich von Nationalsozialisten abgegeben wurden, lebensgefährlich verletzt. Die Polizei nahm daraufhin in dem nationalsozialistischen Verkehrslokal sechs Mann fest. Einer von den verwundeten Kommunisten ist seinen Verletzungen erlegen.

Kemscheid, 27. Mai. Seit gestern nachmittag ist die Stadt Schauplatz kommunistischer Tumulte gewesen. Freitagsabend kam es in dem Kemseider Stadtteil Papert zu kommunistischen Zusammenrottungen. Es bildeten sich Sprechchöre, die unter den Rufen „Hunger, Arbeit, Brot!“ mehrere Schaufenster einwarfen. Auf die Polizeibeamten, die gegen die Demonstranten vorgingen, wurden aus der Menge Schüsse abgegeben, die die Beamten erwiderten. Nach den bisherigen Feststellungen wurde niemand verletzt.

Keddinghausen, 27. Mai. Bei einer wilden Schlägerei wurden fünf Personen durch Lungen- und Bauchschüsse lebensgefährlich verletzt.

Wuppertal, 27. Mai. Die Tumulte, die schon vorgestern abend begonnen hatten und gestern seit Mittag neu aufblühten, haben auch in den gestrigen Abendstunden Unruhe in die Stadt getragen. Gegen 20,30 Uhr sammelten sich größere Massen auf der Parabelstraße an, die gegen die Polizeibeamten mit Steinwürfen vorgingen. Parabelstraße und Kommelsspuet wurden mit dem Gummiknüppel gesäubert. Gegen 21,30 Uhr mußte infolge der zunehmenden Ansammlungen der Kommelsspuet und die Nebenstraßen erneut gesäubert werden. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen und nach Feststellung ihrer Personalkarten entlassen. Bei der Räumung der Hochstraße gaben die Polizeibeamten drei Schreckschüsse ab, da sie mit Blumenstöpfen beworfen worden waren. Gegen 22,45 Uhr wurde die Polizei auf der Hochstraße wiederum mit Flaschen beworfen. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch und gaben sieben Schreckschüsse ab.

Zwischen Kommunisten und der Polizei kam es in Barmen zu schweren Schießereien am Freitagabend gegen 22,30 Uhr. Patrouillierende Beamte wurden aus Fenstern mit Karabinern und anscheinend auch Maschinenpistolen beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und zog Verstärkungen heran. Dabei wurden etwa 50 Schüsse gewechselt. Ein Dachbinder, der der Aufforderung der Polizei, das Fenster zu schließen, nicht nachkam, wurde durch einen Kopfschuß getötet. Um die Polizeitransporte zu gefährden, waren an verschiedenen Stellen die Straßen ausgetrieben und die Kanalbedel auf die Fahrbahn geschleudert worden. Auch wurden mehrere Gaslaternen zerstört. Die Polizei nahm über 100 Unruhestifter fest.

Düsseldorf, 28. Mai. Im Laufe des heutigen Tages kam es wiederum an verschiedenen Stellen der Stadt zu Unruhen, verursacht durch linksradikale Elemente. Im Stadtteil Bill kam es in den späten Abendstunden des Freitags zu größeren Ansammlungen der Kommunisten. Die Polizei, die eingriff, um die Ansammlungen zu zerstreuen, wurde mit Blumenstöpfen beworfen. Sie machte deswegen vom Gummiknüppel und von der Schußwaffe Gebrauch. Die Menge zerstreute sich darauf. Wie später festgestellt wurde, sind auch wieder einige Fensterscheiben eingeschlagen worden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Auf Veranlassung der Landeskriminalpolizei Düsseldorf wurde heute morgen der kommunistische Landtagsabgeordnete Fritz Fraentzen in seiner Wohnung in Rhegeft verhaftet und dem Vernehmungsrichter zugeführt. Bei seiner Einlieferung ins Polizeigefängnis machte Fraentzen einen Fluchtversuch, wurde aber von den Beamten bald eingeholt. Die Verhaftung soll in Zusammenhang stehen mit der Beteiligung Fraentzens an den Düsseldorfer Tumulten.

Dortmund, 27. Mai. Jugendliche Erwerbslose drangen heute in mehrere Lebensmittelgeschäfte ein und raubten vor allem Würste. Drei Burschen wurden festgenommen.

Magdeburg, 27. Mai. Auf der Hauptverkehrsstraße Magdeburgs, dem Breiten Weg, beschäftigten in der vergangenen Nacht kommunistische Gruppen Vorübergehende. Auf zwei Personen, die durch Abweichen als Nationalsozialisten kenntlich waren, schossen mehrere Kommunisten mit Messern ein. Die beiden Nationalsozialisten wurden leicht verletzt. Die Täter entkamen. Polizei stellte die Ordnung wieder her. Dabei wurde ein Beamter leicht verletzt.

Stettin, 27. Mai. Erwerbslose, die anscheinend unter kommunistischer Führung standen, zerstörten heute mittag die Schaufensterheben einiger Lebensmittelgeschäfte in der Papenstraße und entwendeten Lebensmittel aus den Auslagen. Die Polizei nahm einen der Täter fest.

Die blutende Ostgrenze.

Polnische Anfrage in Berlin?

as. Berlin, 28. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages war bekanntlich ein nationalsozialistischer Antrag angenommen worden, durch den die Reichsregierung ersucht wurde, „die polnische Republik nicht darüber im Unklaren zu lassen, daß jeder Angriff auf die freie Stadt Danzig vom ganzen deutschen Volk als Angriff auf das deutsche Lebensrecht betrachtet und entsprechend beantwortet werde.“ Wie ein Berliner Vormittagsblatt zu melden weiß, hat der polnische Gesandte in Berlin nun von seiner Regierung Anweisung erhalten, im Auswärtigen Amt um eine Interpretation des Beschlusses nachzufragen. Gleichzeitig soll bei dieser Gelegenheit auch die Frage der militärischen Befestigungen im sogenannten Heilsberger Dreieck zur Sprache kommen. Sollte diese Darstellung richtig sein, so wird man dem polnischen Vertreter sicherlich keinen Zweifel über die deutsche Auffassung hinsichtlich des Verhaltens Polens zu Danzig lassen und wird außerdem darauf verweisen, daß sich die neuen Befestigungen in Ostpreußen durchaus im Rahmen der Verträge halten.

Grundlose Fehde gegen die neuen Befestigungen in Ostpreußen.

Berlin, 27. Mai. Die zurzeit in einem Teile Ostpreußens im Bau befindlichen Befestigungen werden von der polnischen Presse als im Widerspruch zu den Bestimmungen des Artikel 180 des Versailler Vertrages stehend bezeichnet. Diese polnische Auffassung, als ob Deutschland auf Grund des Artikels 180 nicht berechtigt sei, neue Befestigungen anzulegen, ist, wie von unterrichteter Seite betont wird, insofern völlig abwegig, als auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses der Völkerbundkonferenz vom 5. 2. 1927, der unter Vorsitz von Briand gefaßt wurde, ein ganz genau umgrenzter Raum in Ostpreußen für Befestigungsanlagen ausdrücklich freigegeben wurde. Es handelt sich dabei

um das sogenannte Heilsberger Dreieck, dessen Ecken gebildet werden von den Städten Königsberg, Sensburg und Marienburg.

Das fliegende „Grand-Hotel“.

Zur Heimkehr des Flugzeuges „Do X“.

Die Riesenleistung des Flugbootes. — Die Bedeutung des doppelten Ozeanfluges. — Riesenflugzeug und künftiger Ozeanverkehr.

Das deutsche Riesenflugzeug „Do X“, das größte Flugzeug der Welt, kehrte von seinem Amerikaflug zurück. Es wurde von den Amerikanern das fliegende „Grand-Hotel“ genannt, und dieser Name scheint sehr glücklich gewählt zu sein, denn tatsächlich ist der „Do X“ ein Flugzeug, das so viel Menschen Unterkunft gewähren kann, wie ein Hotel. Es hat schon einmal die ungeheuerliche Leistung vollbracht, mit 160 Gästen aufzustiegen. Das ist in der Geschichte der Fliegerei ein Rekord gewesen. Normal hat dieses Riesenflugzeug, das mit 12 Motoren von je 600 PS ausgerüstet ist, Kabine für 70 Fluggäste. Damit die Ähnlichkeit mit einem Hotel noch größer wird, gibt es hier auch ein Rauchzimmer, eine Bar mit Klubsesseln, einen Musik- und Leseraum, kurz, alle Einrichtungen, wie man sie in einem „Grand-Hotel“ findet. Selbstverständlich hat das Flugzeug auch eine Funanlage. An Feuergefährlichkeit übertrifft es die modernen Hotelgebäude, und es ist fast ein Witz, daß es auf der Heimfahrt nach Amerika durch einen Zufall Brandschaden erlitt. Mit einem Schiff hat es wiederum auch große Ähnlichkeit, denn es besitzt einen Kommandorraum mit Navigationsinstrumenten, Kompaß, Höhenmesser, Sextanten, Seelarten, Fernsprecher usw. Dieses Wunderwerk der Technik hat im vorigen Jahre den Ruhm der deutschen Arbeit bis nach Südamerika getragen, wo es das größte Aufsehen erregt hat. Es war vom Reich verfolgt. Die Konstrukteure aber hatten daran keine Schuld, sondern es handelte sich um Mißgeschick, die von außen kamen. Leider beeinträchtigte sie für kurze Zeit das Vertrauen, das man in dieses gewaltige Flugzeug gesetzt hatte. Die Mißgeschick waren ganz belanglos geblieben, wenn sie sich auf einen späteren Flug ereignet hätten. Beim ersten Flug schienen sie viel bedeutender zu sein. Tatsächlich aber konnten auch diese Mißgeschick der Flugfähigkeit des Luftriesen nichts anhaben. Er konnte seinen ersten Versuchsfahrt über den Ozean trotz seiner ungeheuren Dimensionen zurücklegen, und er konnte am Samstag daran denken, von Neufundland aus die Rückreise in die Heimat anzutreten. Er hat die Flugstrecke von 8500 Kilometer gut zurückgelegt und seine Brauchbarkeit vor aller Welt dargelegt. Die Bedeutung dieses Flugzeuges besteht darin, daß es eine ungeheure Tragkraft besitzt und für Ozeanflüge sich als geeignet erwiesen hat. Neben den Zeppelin, die nach anderem System gebaut sind, werden die Riesenflugzeuge des Dr. Dornier eine bedeutsame Sendung für den Luftverkehr haben. Der „Do X“ ist imstande, fast 100 Personen zu befördern. Dadurch wird er ein Verkehrsmittel, das als Eisenbahn der Luft bezeichnet werden kann. Er ist der erste Versuch, ein Flugzeug in so ungeheuren Ausmaßen zu schaffen. Das ist eine der großen Verdienste Dorniers, denn die Welt war kleinläubig und hat es nie für möglich gehalten, daß ein Flugzeug in dieser Größe überhaupt sich in die Luft erheben könne. Er hat die Welt eines Besseren belehrt. Selbstverständlich ist der „Do X“ nur ein Versuchsfahrtzeug. Auf Grund der Versuchsfahrt nach Amerika und zurück wird erst der endgültige große Typ fertiggestellt werden, der mehrheitlich ein fliegendes „Grand-Hotel“ sein wird. Durch ihn wird der Weltverkehr über den Ozean im größten Umfange durchgeführt werden können. Zusammen mit den Zeppelin werden die Dornier-Riesenflugzeuge einen regelmäßigen und völlig sicheren Ozeanluftverkehr ermöglichen.

v. Morgen auf dem Nürburgring tödlich verunglückt.

Der bekannte Bugattifahrer Joachim v. Morgen (Berlin) ist gestern nachmittag beim Training auf dem Nürburgring tödlich verunglückt.

Marktberichte.

Nassauischer Kartoffelmarkt.

Die Ruhe am Kartoffelmarkt hat weiter angehalten. Infolge der sommerlichen Witterung ist der Verbrauch auf ein Minimum herabgesunken. Lediglich die Eindeckung dieses gering gewordenen örtlichen Konsumbedarfes wird laufend vorgenommen. Versandgeschäfte werden aus dem Nassauischen Gebiete kaum getätigt. Mitteldeutsche Herkunft werden weniger nach Nassau gelegt und konnten daher ihren Preis etwas erhöhen. — Für gelbschleimige Industriekartoffeln aus Rheinhessen werden franko Wiesbaden und Frankfurt 3,00 bis 3,10 M. je Zentner verlangt.



Die Überschwemmungs-Katastrophe in Mittel-England.

Die unpasseierbar gewordene Chaussee von Sheffield nach Rotherham.

Heimkehr eines Kriegsgefangenen nach 16 Jahren.

arbeitet. Reizend ist ein Jumper aus federleichter weißer Mooswolle mit roten Mustern und einer festen roten Verschmürung, die mit lustigen Pompons abschließt. Zu dem Jumper gehört ein weißes Käppchen, auf dessen Mitte fahn ein roter Pompon wippt. Auch Kappen aus Seide in zwei bis drei Farben sind eine entzückende Vervollständigung weißer Kleider, die in diesem Sommer an erster Stelle stehen. Das schlichteste weiße Kleid kann durch eine dreifarbige Kappe mit übereinstimmendem Schal ungemein flott wirken. Der Schal wird neuerdings nicht mehr nur um den Hals gelegt, sondern häufig auch um die Taille geschnitten, so daß die Zipfel an einer Seite über die Hüften herabhängen. Derartige Ergänzungen müssen selbstverständlich großzügig gehandhabt werden. Sie sind ein Beweis, welch geringer Anstrengungen und Ausgaben es bedarf, sich in diesem Sommer abwechslungsreich und geschmackvoll anzuziehen. Es kommt nicht auf die Kostbarkeit des Materials an. Man verwendet sogar Kattun zu Blumen und Schals. Zu einfachen Kleidern werden Kragen, Schleifen und Manschetten aus fälligen Geweben mit eingearbeiteten Baumwoll- oder Seidenfäden zugezogen. Handarbeiten werden wieder außerordentlich geschätzt. Man kann sich diese herrlichen Einzelheiten mit geringer Mühe selbst herstellen. Aus farbigem Batist werden Kragen, Manschetten und Schleifen gearbeitet, farblich abweichend anlangueuiert und Punkte eingefügt. Zu einem rosenfarbenen Leinenkleid paßt eine auf diese Weise hergestellte weiße Batistgartnirt mit roten oder blau-roten Languetten und Punkten, während wiederum zu einem weißen Kleid eine rote oder blaue Batistgartnirt mit weißen Verzierungen hübsch aussieht. Als Sommermantel findet die ärmellose Pelterinenform große Zustimmung. Der ärmellose Mantel ist ungemein großzügig. Er wird in einer Farbe gewöhlt, die mit vielen Kleidern harmonisiert. Darum überlege man genau, welche Farbe als Grundton des Auges angeehen werden soll, um sich unnötige Ausgaben zu ersparen. Auch bei den Kleidern steht eine Pelterine entzückend aus. Neu ist ein Pelterin-schnitt, fiquartig umgelegt, im Rücken zusammengebunden. Diese neuartige Pelterine wird zu Tages-, vielfach auch zu Abendkleidern getragen. Zu Tanz- und Abendkleidern aus leichten, duftigen bedruckten Seidenstoffen sehen einfarbige Pelterinen, im Rücken gebunden, elegant aus. Die A l l e n.

Wie aus Emdingen im Schwarzwald berichtet wird, hat der deutsche Generalkonsul in Neapel an den dortigen Bürgermeister folgendes Telegramm geschickt: „Daubmann hier eingetroffen, Eltern benachrichtigen. Deutsches Generalkonsulat.“ Der Name Oskar Daubmann steht auf dem Gefallenendenkmal des Städtchens Emdingen mit dem Bemerkt: Gefallen in der Sommerschlacht, Januar 1918. — Als die Eltern des angeblich Gefallenen jetzt die Nachricht erhielten, daß ihr Sohn noch lebt, sind sie vor Freude zusammengebrochen, obwohl sie nicht ganz unvorbereitet auf die Tatsache waren, daß ihr Sohn noch lebe. Vor acht Jahren schon ist einmal in Emdingen ein Telegramm an die Eltern gekommen, in dem nur die Worte standen: „Oskar lebt und ist in Afrika.“ Jetzt ist das Telegramm des Neapeler Generalkonsulats, das man zuerst auch für eine Richtigstellung hielt, durch einen Brief bestätigt worden, der mit dem Poststempel Palermo ebenfalls bei den Eltern eingetroffen ist, und die Handschrift des Sohnes trägt. Die Eltern haben die Schrift ihres totgeglaubten Sohnes sofort wieder erkannt. In diesem Brief schreibt Oskar Daubmann seinen Eltern, daß er nach einem Marsch von 5000 Kilometer in Palermo eingetroffen sei. Wo sich Daubmann 5000 Kilometer von Palermo entfernt eigentlich aufgehalten hat, weiß man noch nicht. Er schreibt in seinem Brief nur, daß er im Januar 1918 in der Sommerschlacht schwer verwundet worden und in französische Gefangenschaft geraten sei. Nach seiner Heilung habe er einen Fluchtversuch unternommen und dabei einen Posten erschlagen. Darauf sei er zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zur Verbüßung der Strafe sei er nach Afrika deportiert worden. Es sei ihm jetzt gelungen, nach dem 5000 Kilometermarsch die Küste zu erreichen und ein Schiff nach Palermo zu besteigen. Er liege am Sonnenfieber darnieder und könne darum noch keine näheren Mitteilungen über seine Schicksale machen. Die Eltern sollten seinen Laufschein und den Geburtschein an den Konsul in Neapel schicken, wohin er sich zu begeben gedente. Inzwischen ist Daubmann, wie das Telegramm des deutschen Konsuls beweist, in Neapel eingetroffen.

Gartenmöbel
 **L. D. Jung**
 auch für Balkon und Veranda Kirchgasse 47

Frauen jenseits des Alltags.

Kämpferinnen um hohe Ziele / Von Senta Neckel.

7. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Aber das Leben ist für ein kleines Mädchen, das Mutterliebe gewohnt ist, nicht leicht. In ihren Erinnerungen, die die große Pawlowa für ihren Entbehrer für Deutschland, Paul Cassirer, schrieb, erzählt sie: „Das Leben in der kaiserlichen Ballettschule war ein Leben allerhöchster Pflichterfüllung. Jeden Morgen um acht Uhr wachte uns der feierliche Ton einer großen Glocke, wir kleideten uns dann unter dem prüfenden Blick einer gestrengen Aufseherin an, deren Amt war, nachzusehen, ob wir uns auch sauber gewaschen hatten, die Nägel gepflegt, und die Zähne geputzt waren. Dann ging's zum Gebet, gefolgt von einer der älteren Schülerinnen vor dem Heiligenbild, vor dem ein ewiges Lampchen flackerte wie ein roter Stern. Um neun Uhr gab es Frühstück — nur Tee, Brot und etwas Butter — dann kam die Tanzstunde.“

Wir verarmten uns in einem großen, sehr lustigen und sehr hellen Zimmer. Es war nur mit einigen Bänken, einem Klavier und sehr hohen Spiegeln ausgestattet. An den Wänden hingen die Porträts der russischen Herrscher. Das Bild von Katharina II. war unser aller Liebling. Ihre stolzen und doch lachenden Augen schienen uns während der Tanzstunde zu folgen, als wünschte sie, uns zu leiten und zu führen.

Um zwölf verließ die Glocke die Stunde des Lunch, dann unternahmen wir einen Spaziergang, später folgten Unterrichtsstunden bis 4 Uhr. Nach Tisch gönnte man uns ein wenig Freiheit, dann begannen die Turn- und Fechtstunden, Musikstunden und das Einüben von Tänzen, die auf der Bühne des Mariinsky-Theaters aufgeführt wurden. Fanden wir dort Verwendung, so brachte man uns in verschlossenen Kägeln dorthin, und nach Beendigung unseres Tanzes mußten wir sofort in die Schule zurück. Für gewöhnlich aber aßen wir um acht zu Abend, und mußten dann gleich zu Bett!

So lebte die kleine Anna Pawlowa in der kaiserlichen Ballettschule in Petersburg. Sie ist fast überschuldet und hat ein feines, zartes Gesichtchen. Am allerhöchsten sind ihre schlanken Hände, die wie lebende Wesen wirken. Die kleine Anna ist mit allen Mädchen gut befreundet, besonders liebt sie den Freitag, weil da in der Ballettschule gemeinsamer Badetag ist, an dem immer viel Späße getrieben wurden. „In Russland war das Dampfbad beinahe für eine religiöse Pflicht. Wir liebten diese Badetage besonders, weil wir an diesen Tagen zur Abendmahlzeit Koscha bekamen, einen kleinen süßen Brei, der mit Milch gegessen wird. Am Sonnabend wurden wir immer in die Schulkapelle geführt, wo wir eine Stunde lang wie Nonnen standen, uns betraugten und uns vor den Heiligenbildern verneigten, während abwechselnd ein Pfarrer in goldener Capula und der Chor den Gottesdienst mit ihrem Gesang begleiteten.“

Rein, diese kaiserliche Ballettschule in Petersburg war alles andere als ein Institut leichtfertiger Mädchen. Die Kinder bekamen eine ausgezeichnete Allgemeinbildung. Auch Jungen wurden auf der Schule ausgebildet, die gesondert von den Mädchen in einem anderen Stadteck wohnten.

Der Zar besucht die Ballettschule.

Einmal im Jahr ist große Aufregung, das ist an dem Tag, an dem der Zar und irgend einer der Großfürsten seinen Besuch angekündigt haben. Schon Tage vorher wird von nichts anderem

gesprochen. Die Kostüme werden aufgezischt, der „Tantou“, das weiße, abhebbare Gageröckchen, das Kennzeichen aller Ballettweifen, wird hergerichtet. Mit klopfendem Herzen warten die Mädchen und Jungen, bis der kaiserliche Wagen vorgefahren ist. Endlich kommt das Zeichen, und als der Zar in Begleitung zweier Großfürsten den Saal betritt, da klingt auch schon Musik auf, und der Huldigungstreuen beginnt.

Zum ersten Mal ist auch Anna Pawlowa dabei, aber sie tritt nicht in Erscheinung, wie sie es wünscht, denn sie muß in der zweiten Reihe tanzen. Das quält das kleine, ehgeizige Mädchen. Als der Tanz nachher zu Ende ist, und als der Zar (es war Alexander der Dritte) sich väterlich mit den kleinen Mädchen unterhält und aus einer großen Tüte Judenbrot verteilt, da ertönt auf einmal ein jämmerliches Schluchzen. Die kleine Anna Pawlowa weint, weil der Zar sie nicht bemerkt hat, und sie hat doch ganz besonders schön getanzt.

Anna Pawlowa erzählt selbst von dieser kleinen Begebenheit: „Der Zar war gut und schlicht, ein echter Russe! Er nahm meine kleine Freundin Stanislawna Belinskaya auf den Arm. Ich brach in Tränen aus, und als man mich dann fragte, weshalb ich weinte, sagte ich: „Ich möchte, daß der Zar mich auch auf den Arm nimmt!“ und dabei tropften mir die biden Tränen über die Wangen. Um mich zu trösten, zog mich der Großfürst Wladimir auf seine Knie; damit war ich aber nicht zufrieden und ich beharrte: „Ich will, daß der Kaiser mit einem Fuß gibt!“ Der Zar Alexander hat es dann getan und dabei gesagt: „Mit Deinem Willen und Deiner Energie wirst du einmal eine große Ballerina werden.“ Er wußte nicht, daß er mit einem Mädchenlein sprach, das einmal die größte Tänzerin aller Zeiten werden sollte.“

Anna Pawlowa wird „Ballerina“.

Jahre sind vergangen. Aus dem kleinen Mädchen, das mit zehn Jahren zur kaiserlichen Ballettschule kam, ist ein ganzer Mensch geworden. Nun ist sie sechzehn Jahre alt. Längst hat sie alle Mitschülerinnen überflügelt. Mit Staunen und Bewunderung haben die Lehrer und Lehrerinnen, mit Reiz die Kolleginnen das künstlerische Wachen der Anna Pawlowa verfolgt. Sie ist ein Genie. Ihr Körper kennt keine Erdschwere, es ist, als schwebte sie über alles Profane hinweg. Sie hat die Spitzentechnik bis zur Vollendung ausgearbeitet. Dabei sind ihre Glieder fein geblieben, die Muskeln haben sich nicht, wie bei so vielen Tänzerinnen, unnatürlich verdickt. Die Ballettschule kann ihr nichts mehr geben, sie hat ausgereizt, sie hat sogar viele ihrer Lehrer überflügelt. Am letzten Abend, ehe sie die Schule verläßt, tanzt sie noch einmal vor dem Zar. Er ist ergriffen von der Kunst dieses gottbegnadeten Geschöpfes, und er verleiht ihr den Titel „Ballerina — erste Tänzerin“. Das ist eine Auszeichnung, die für eine Schülerin der Ballettschule ganz außergewöhnlich ist, denn nur vier Tänzerinnen in dem großen russischen Reich dürfen diesen Titel tragen. Natürlich nennen sich heute viele ehemalige russische Tänzerinnen „Ballerina“, aber berechtigt sind außer der Pawlowa nur vier. Eine davon ist die Karavina, die ja auch in Deutschland tanzt.

Nach ihrem Austritt aus der Ballettschule tanzt Anna Pawlowa in Russland. Überall wird sie mit Beifall und Blumen überschüttet, das ganze zaristische Russland liegt ihr zu Füßen. Aus dem kleinen Mädchen ist nun doch eine Märchenprinzessin geworden, wie es sich die kleine Anna im Mariinsky-Theater gewünscht hatte. Und das Domröckchen hat ihre Mutter noch mitgebracht!

„Der sterbende Schwan“ erobert die Welt!

Für die große Künstlerin Anna Pawlowa wird die russische Heimat zu eng. Sie will Europa, die Welt erobern. 1907 beginnt sie ihre Gastspielreisen, die sie bis zu ihrem Tod 1931 nicht aufgegeben hat. Ihr ist der beispiellose Erfolg zu danken, den das russische Ballett in der ganzen Welt hatte. Anna Pawlowa brachte sich ihre Ensemble mit. Sie erdachte alle Kostüme, auch das der kleinsten Choristin. Farbe und Form klang zu einem einheitlichen Akkord zusammen. Mit Jubel empfing man sie in Berlin. Einen Spitzentanz in dieser Vollendung hatte man noch nie gesehen. Die Pawlowa tanzte mit ihrem Partner Nijinsky zusammen, einem wundervollen Tänzer, der auch aus der kaiserlichen Ballettschule hervorgegangen war. Nie hat man ein Paar in gleicher sich ergänzender Harmonie wiedergefunden.

Leider traf den genialen Partner der Pawlowa ein hartes Schicksal. Durch die Überanstrengung, die das stetige Wandern der Tänzerin mit sich brachte, durch diese Reisen durch die ganze Welt, wurde die Gesundheit des Tänzers untergraben. Und plötzlich, während eines Gastspiels in Schweden, brach Nijinsky zusammen: er wurde irrsinnig. Die Pawlowa hat diesen Schlag nie ganz überwunden. Wenn sie von ihrem Partner in späteren Jahren sprach, dann kamen ihr immer die Tränen in die Augen. Noch einmal hat die Pawlowa, wenige Jahre vor ihrem Tod, versucht, den armen irrsinnigen Tänzer, der sich einbildete, ein Pferd zu sein, aus seiner geistigen Unmachtung zu reißen. Sie dachte sich, daß er vielleicht die Erinnerung zurückbekommen würde, wenn er sie tanzen sähe. Sie ließ Nijinsky auf ihre Kosten aus der Anstalt holen, und von guten Freunden begleitet, wurde er in die Loge eines Pariser Theaters gebracht, wo er sehr gut die Bühne sehen konnte. Die Pawlowa ließ alle Weisen spielen, die sie mit Nijinsky getanzt hatte, strahlend in ihrer Schönheit stand sie auf der Bühne, und immer wieder flog ihr Blick zu der Loge, wo sie wußte, daß dort ihr einziger Partner saß. Der aber rührte sich nicht. Mit kumpfen Augen sah er auf die Bühne, kein Erkennen kam in seine Züge. Er wurde nach der Vorstellung wieder in die Anstalt gebracht als hoffnungslos!

Anna Pawlowa aber zog wie ein leuchtender Stern über die Bühnen aller Welt. Sie gab den Menschen die Freude, sie riß sie los von den Sorgen und Mühen der Alltags. „Der sterbende Schwan“ wurde sie genannt, nach ihrer schönsten Tanzschöpfung! Hier tanzte sie im weißen Federkleid einen Schwan, der sich von der Welt zurückzieht, um in der Einsamkeit zu sterben. Man kann die Zartheit der Bewegungen nicht beschreiben, dieses Gleitens und Beräuchern. Man muß die Pawlowa gesehen haben, um ihre Kunst zu verstehen!

Immer und immer wieder arbeitete sie an sich selbst, sie trainierte ununterbrochen, nie war sie mit sich zufrieden. „Viele Menschen glauben, das Leben einer Tänzerin sei von Grund auf leichtsinnig und oberflächlich. In Wirklichkeit aber sind Oberflächlichkeit und wirkliche Tanzkunst unvereinbar. Eine Tänzerin, die nicht die schärfste Selbstkontrolle übt, kann sich ihre Kunst nicht erhalten. Sie muß sich ihr ganz opfern, aber sie findet ihren Lohn, wenn sie die, die kamen, sie zu sehen, für eine Weile den Sorgen und Kummer des Alltags entrückt!“ so schrieb sie an einen deutschen Verleger. Die Pawlowa sprach auf ihren Gastspielreisen meistens französisch, deutsch hat sie nie ordentlich gelernt, aber sie liebte gerade Deutschland ganz besonders.

(Fortsetzung folgt).

Welt hinterm Äquator.

Vom Leben und Treiben einer aussterbenden Rasse. Von Annie Francis-Harrar.

Heute wie einst besteht die Tatsache, daß man sich eine Linie, die unsichtbar um den Erdball herumreicht, nur schlecht vorstellen kann. Und doch ist das gar nicht einmal so schwer. Denn dort ist der einzige Ort der Welt, wo die Sonne, weil sie durch ihre besondere astronomische Stellung zur Erde in dieser Zone absolut senkrecht steht, mittags keinen Schatten erzeugt. So daß Mensch und Ding sich in einem seltsam klaren, schattenlosen Licht bewegen, das allen Körpern etwas mackerlich Unbekanntes gibt.

Dennoch aber ist der Äquator wirklich die Scheide zwischen zwei grundverschiedenen Welten. So wichtig ist für uns Lebende das Klima mit seinen Auswirkungen, daß die Tatsache, daß in nicht gediegriger Lage dort die Nächte nicht kälter als mindestens 20 Grad plus sind, wirklich alles von Grund auf verändert. Naturgemäß ist das auf Inseln besonders stark zu fühlen, denn die Kontinente haben immer noch ihre Sondereinflüsse, so wie ja auch alle Wüsten, wo immer sie liegen mögen, bei glühenden Tagen kühle und selbst kalte Nächte besitzen.

Auf den zahllosen Eilanden in der Südsee aber herrscht ein wirklich äquatoriales Klima, denn dort wirkt die Temperatur des Meeres, die nie unter 25 Grad über Null sinkt, wie eine ungeheure Wasserheizung auf das feste Land. Darum hat — nicht einmal mit geographischem Recht — jene Weltgegend in der Phantasie der Menschen, außer Indien, dem afrikanischen Kongo und Zentralamerika, wirklich das, was man sich unter „tropischem Klima“ vorstellt.

Demensprechend ist auch das Leben des Eingeborenen, gegen das unsere gehalten, in allem in sein Gegenteil verkehrt. Der Weiße freilich trachtet überall, ein kleines Europa zu schaffen, und ist sogar mit einem Zerrbild davon zufrieden — eben weil er sich nicht trennen kann und mag. So ist auch seine Kleidung nur eine recht mangelhafte Anpassung an die Mischung von Glutstunden und dampfenden Regengüssen, die dort unten „Wetter“ heißt. Der Insulaner versteht das weit besser. Immer noch trägt er den kühlen Grasrock der Väter, der zugleich vor Hitze und den Mücken schützt. Auf Tahiti ist dieser „Hula-Hula“, der entweder aus Bananenblatt oder den Fasern des neuseeländischen Flechtens und der eingeführten Alse besteht, oft reizend farbig getönt. In Melanesien wird er in seiner Naturfarbe verwendet, bräunlich oder weinrot silberweiß. Allerdings widelt man durch den Einfluß Europas dazu den Oberkörper häufig in Kattunhosen oder schmutzige Blusen, denen der Rundbize die Überhandnahme der Tuberkulose bei den Ozeanern zuschreibt. Denn von „Hula-Hula“ rinnt das Wasser der häufigen Regengüsse glatt ab und ebenso von der mit Kotosett gefärbten Haut. Europäische Gewebe aber bleiben lange feucht und kalt. Jeder in den Tropen weiß, daß es Fieber bringt, sich in Kleidern durchzuwaschen zu lassen. Man meldet es, wo man kann. Aber die Suggestion der schreiend bunten Tücher ist größer als alle angekommene Klugheit. Und so herben die alten jahrtausendlang kraftvoll und gesund fortgepflanzten Stämme dahin, denn alles was aus Europa kommt, ist ihnen schädlich und verderblich. Die meisten dieser

Sippen haben heute nicht mehr als hundert Angehörige, einige viel weniger. Es gibt genug „Tribus“, die nur aus zwanzig, dreißig oder sechzig Menschen bestehen. Eine habe ich zu Hienghene auf Neulaledonien gesehen, die acht Leute besaß, zwei Frauen und sechs Männer, die aber ihre eigene Sprache gebrauchten, so wie es überhaupt in Melanesien zum Begriff einer „Tribus“ gehört, daß sie ihre besondere Sprache hat, die häufig von den Nachbarn nicht verstanden wird.

Auch sonst mißt sich in diesen kupferbraunen oder bronzefarbenen Köpfen Europa und Ozeanien zuweilen aufsonderbar. Während die Frauen und Mädchen der Gesellschaften einen nicht unerheblichen Teil des Jahres es für eine lohnende Beschäftigung halten, Vanilleblüten „zu verheiraten“, tragen die Männer immer noch an vorstulftischen Schultergürteln aus Bambus ungeheure Bananentrauben nach Hause. Das mit der Vanille ist übrigens eine sonderbare Sache. Sie bedarf wirklich eines „Ehevermittlers“. Obgleich sie besonders in den Bergwäldern von Tahiti, das sich rühmt, die größte Vanilleausfuhr der Welt zu besitzen, ausgezeichnet gedeiht, ist sie doch nicht einheimisch. Oder, richtiger, man hat aus Südamerika, vor allem aus Mexiko, zwar die Pflanze eingeführt, nicht aber das Insekt, das ihre gelbgrünen Orchideenblüten in der Heimat befruchtet. So müssen die Menschen dessen Dienste übernehmen, mit einem Strohhalm, der den Pollen überträgt. Es ist eine langweilige und mühselige Arbeit, aber sie muß getan werden, sonst trägt die ohnehin sehr vermehrte Vanille keine Früchte.

Man kann es nicht leugnen, daß die farbigen Hände, die solch komplizierte Arbeit vollbringen, auch sonst erstaunlich geschickt sind. Die bronzefarbenen Polynesier und die kupferbis kaffeebraunen Melanesier sind überaus handfertige Leute von einer ganz ausgesprochen kunstgewerblichen Begabung. Zu ihren Hütten gehören zahllose Dinge, unentbehrlich als Hölzer im Haushalt, als Waffe, als Werkzeug. Was verstehen sie alles aus Muschelschalen, Kotosnüssen und Palmenblättern anzufertigen! Da gibt es hübsch umflochtene Trinkgefäße an elastischen Schnüren aus Palmenbast, ganz unverwundlich glänzend poliert, oft farbig bemalt. Ganz besonders merkwürdig sind die Teller, auf denen der gefochte Laro oder die gebundene Brotfrucht aufgetragen werden, zusammen mit Muscheln, Fischen oder gerösteter Reule eines jener kleinen schwarzen Insektenschweine, die übrigens erst durch den weißen Mann auf die Inseln gekommen sind. Außer allenfalls Ratten sind sie denn auch meist die einzigen Säugetiere, abgesehen von Eingeborenen, die auch gerne Hunde halten und essen. Ein derartiger Teller besteht also aus zwei zusammengefügten Blättern der Kotospalme, die sehr sauber miteinander verflochten sind. Aus solchen Blättern werden auch die vielfältigen Taschen angefertigt, die man dann an einem langen Seil über die Schulter zu hängen pflegt. Ohne seine Tasche geht der Melanesier höchstens in den Krieg, und da nimmt er sie wenigstens ein Stück weit mit. In ihr, die zuweilen riesenhafte Dimensionen annimmt, befördert er auch Vögel vor Fruchten, große Fische und Krabben. Die letzteren werden zuweilen in geräumige Körbe aus Palm-

rippen gepackt, wenn man es nicht vorzieht, sie per podes ein Stück marschieren zu lassen, an einer Schnur und mit festgebundenen Scheren natürlich. Freilich hat die Krabbe wenig Verständnis für eine solche Zumutung und leistet heftigen Widerstand. Da es sich häufig um jene großen „Kotosräuber“ handelt, so ist auch gar nicht so leicht mit ihnen fertig zu werden. Man sieht also, daß hinterm Äquator sogar das Bild des reinen Kalb oder Lamm zur Schlachtkamp treibenden Händler sich gründlich verändert.

So sind auch die Verbotsregeln etwas ungewöhnlicher Art. Weil sie eben nur in der Sprache des Insulaners sprechen, so gibt es mit den europäischen Behörden gerade ihrerwegen ununterbrochen Konflikte. Natürlich kümmern sich die weißen Gendarmen selten oder nie darum, daß an einem Palmenkamm irgendwo ein großes Tritonshorn hängt. Sie gehen, ohne zu fragen, durch eine solche Pflanzung hindurch, nehmen auch wohl eine Röhre zum Trinken mit, wenn sie eben durstig sind. Das aber betrachten die Farbigen wieder als eine böswillige Verletzung ihrer Rechte. Denn dieses Tritonshorn ist ein „Kotosstab“ und bedeutet, daß dieser Baum oder jene Pflanze überhaupt das Grundstück nicht betreten werden darf. Jeder Eingeborene respektiert dieses ungeschriebene Gesetz unbedingt. Aber die Weißen wissen oft gar nicht davon, und so gibt es manchmal Überfälle auf sie, einen vergifteten Pfeil, der aus dem Lianenbüschel kommt, oder von rückwärts einen Schlag mit dem „Cassotto“, dem schrecklichen Schädelzerbrecher.

Solche und ähnliche Zusammenstöße mit der „weißen Kultur“ haben die Melanesier nachteilig gemacht. Da sie die Europäer immer noch für große böse Zauberer halten, denen gewaltige Dämonen beistehen, so trachten sie, auf ihre Weise des Schutzes eben dieser Dämonen teilhaftig zu werden. Seit man mehrere Hunderte dieser armen ganz unwissenden Menschen in den Weltkrieg geschleppt hat, seit sie immer wieder französische und englische Soldaten zu Gefangenen machten, fangen sie an, sich da und dort eine Art Uniform-Kosten zurechtzumachen. Hier gibt es auch noch wirkliche Körperbemalung und Kopfmasken. Sie sehen sonderbar genug aus, und aus ihnen spricht die große Verwirrtheit und der dumpe Versuch einer Anpassung an die übermächtigen Kräfte des weißen Mannes, der von fernher kam und unter dessen Händen sich alles verändert.

Gerichtssaal.

Der Sklave-Prozeß.

* Berlin, 27. Mai. Im Sklave-Prozeß fand auch heute wiederum nur eine kurze formale Verhandlung statt. Amtsgerichtsrat Rehner teilte mit, daß er auch heute noch nichts über die Gründe sagen könne, die diese Art der Prozeßführung notwendig machten. Jedoch werde man in der nächsten Sitzung, die am Samstagmittag stattfinden soll, alles Nähere erfahren. Am Samstagmittag solle dann der Prozeß in normaler Weise weitergeführt werden. Wenn nicht neue Hindernisse in den Weg träten, sei das Ende des Sklave-Prozesses Ende Juni zu erwarten.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Kurssturz an den Weltbörsen. — Internationaler Warenaustausch. — Interessante Industriestatistik. — Mittelstandsfeindliche Wirtschaftspolitik. — Mengenrabatt und Zugaben.

An den deutschen Börsen hat in den letzten Tagen wieder ein Kursrückgang eingesetzt, der das Kursniveau, sowohl bei Aktien, wie auch bei Rentenpapieren ziemlich stark zurückwarf. Anlaß dieser Bewegung ist vor allem die Unsicherheit, die innenpolitisch und außenpolitisch vorläufig andauern scheint und nicht nur jede Unternehmungslust lähmt, sondern auch Anlagen bevorzugen läßt, bei denen keinerlei Kursverluste eintreten können. Es ist bezeichnend für die Lage, daß selbst einwandfreie festverzinsliche Papiere, die angesichts ihrer niedrigen Kurse Realverzinsungen von 8—12 Prozent abwerfen, keinen Anreiz für Anlagensuchende bieten. Offenbar wird die Anlage von zur Verfügung stehenden Geldern bei Sparplätzen wieder bevorzugt, obwohl dort nur geringere Zinsen (4—5 Prozent) erzielt werden können. Aber die Erfahrung hatte gelehrt, daß es tatsächlich nur eine Anlageart gibt, die von Kurschwankungen ganz frei ist, das sind Spareinlagen (und theoretisch, aber nicht immer in Praxis, auch Darlehen). Wer damit rechnen muß, eines Tages über seine Ersparnisse verfügen zu müssen, der sucht sich heute, eine Anlage zu wählen, bei der am Realisierungstage Kursverluste in Erscheinung treten könnten.

Die Erhaltung des Kapitals wird in den Vordergrund gestellt und bisher hat sich diese Anlagepolitik zweifellos bewährt. Was nützt ein höherer Zinsfuß, wenn am Kapital mehr verloren geht, als der Zinsvorteil beträgt.

Trotzdem wäre es jedenfalls nicht zweckmäßig, teurer gekaufte Rentenpapiere zu schlechten Kursen zu veräußern, wenn nicht das Geld tatsächlich für einen dringenden Zweck benötigt wird. Kurschwankungen von Pfandbriefen beispielsweise bringen ja einen Verlust erst im Augenblick eines notwendig gewordenen Verkaufes. Wer bares Geld nicht benötigt, wird gut tun, auf bessere Zeiten zu warten; bei der Couponszahlung wirkt sich ein Kursrückgang ja nicht aus. Der in den letzten Jahren, seit 1929, eingetretene und in steiler Kurve fortgesetzte Kurssturz der Börsenpapiere ist bekanntlich keine auf Deutschland beschränkte, sondern eine internationale Erscheinung. Und es ist bemerkenswert, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die vom Weltkriege doch nur Vorteile (allerdings wie die Entwicklung lehrte: scheinbare Vorteile!) hatten, der Kursrückgang ein noch größeres Ausmaß angenommen hat, als in Deutschland und in den anderen großen europäischen Ländern.

Während die Aktienkurse an den europäischen Börsen (Berlin, Paris und London) auf ein Niveau des Höchststandes von 1929 fielen, sanken sie in New York in diesem Zeitraum sogar auf ein Sechstel.

Es ist bezeichnend, daß das Kursniveau in New York, das 1929 bedeutend höher war als in Berlin, heute niedriger ist!

Unter dem Druck der zunehmenden handelspolitischen Absperrung der Länder und der anhaltenden währungs- und handelspolitischen Devisenbeschränkungen entstanden bereits mehrere Pläne, Waren nicht mehr gegen Geld zu verkaufen, sondern gegen andere Waren zu tauschen. Zwischen kleineren Ländern wurden solche Warenaustauschgeschäfte schon abgeschlossen. In Deutschland hat, soweit bekannt, nur ein bescheidenes Tauschgeschäft — Rührkochen gegen Kaffee — feste Gestalt angenommen. Im übrigen blieb es bei den Plänen. Auch zwischen Deutschland und der Türkei ist noch kein Warenaustausch perfekt geworden, trotzdem gerade hier die Ausführungen des türkischen Vertreters auf der Leipziger Messe Hoffnungen auf ein baldiges Ingangkommen eines Warenaustausches erweckt hatten. Von der Tätigkeit der in Bremen kürzlich errichteten Gesellschaft, die sich zum Ziele gesetzt hatte, Warenaustauschmöglichkeiten ausfindig zu machen, hörte man bis heute noch nichts.

So einfach das Problem eines Austausches von in einem Lande entbehrlichen Waren gegen solche, die benötigt werden, in der Theorie aussieht, so schwer scheint es in Praxis zu sein, den geeigneten Partner zu finden. Die Abwicklung für Ein- und Ausfuhrhandel beim Reichsverband des deutschen Groß- und Einzelhandels hat auf Grund einer eingehenden Besprechung im Kreise ihrer Mitglieder erklärt, daß sie von der Möglichkeit eines Warenaustausches nicht allzuviel erwartet.

Dieser Warenaustausch könne nur Notwehr bedeuten gegenüber Absperrungsmaßnahmen der einzelnen Länder. Der primitive Tauschverkehr müsse und sollte sich stets bewußt sein, daß ein Außenhandel ohne Geldverkehr nur ein Ersatzmittel für den normalen Austausch sein darf. Alle Kräfte müßten auf die Wiederherstellung der internationalen Grundlagen der freien Verkehrswirtschaft eingetaktet sein, weil nur so eine Verringerung und Heilung der augenblicklichen unerträglichen Störungen auf allen Märkten der Welt herbeigeführt werden könne. Die Welt müsse sich allerdings darüber klar sein, daß die Abzahlung unserer Auslandsschulden und -zinsen nicht in Gold oder nominalem Goldwert erfolgen könne, sondern nur in Ware, die von der Hand- und Gestellarbeit unseres Volkes hergestellt wird. Der deutsche Außenhandel sei sich bewußt, daß er in dieser jetzigen Notzeit mehr denn je berufen sei, seine besondere Aufgabe in der Volkswirtschaft zu erfüllen: Angebot und Nachfrage in den einzelnen Ländern auszugleichen. Das sei eine Aufgabe, die der Industrie nicht übernehmen könne; desto mehr gelte es für den Außenhandel, sie zu erfüllen.

Das Statistische Reichsamt hat im Jahre 1930 zum erstenmal eine Erhebung angestellt, die interessantes Material über die Lage in der deutschen Schuhindustrie zusammenbrachte. Es wird dabei unterschieden zwischen der Leder Schuhindustrie und der Hauschuhindustrie. Während in der Lederfabrikation 36 000 Personen Beschäftigung fanden und der jährliche Produktionswert 696 Mill. RM betrug, wurden in der Leder Schuhindustrie in 726 Betrieben 78 000 Personen beschäftigt. Bei einem jährlichen Produktionswert von 612 Mill. RM kam also auf einen Beschäftigten ein Anteil an dem Produktionswert von 8000 RM und davon entfielen 1800 RM auf den Lohn. Die Hauschuhindustrie hatte in 379 Betrieben 14 000 Arbeiter und Angestellte. Bei einem jährlichen Produktionswert von 100 Mill. RM machte dies auf einen Beschäftigten ebenfalls etwa 8000 RM Anteil an dem Produktionswert, wovon aber nur etwas mehr als 1400 RM auf Lohn entfielen. Von den beiden Zweigen der deutschen Schuhindustrie wurden im Jahre 1930 hergestellt: 62,2 Mill. Paar Strampfschuhe, 2,2 Mill. Paar leberne Sportschuhe, 3,3 Mill. Paar Leder Schuhe mit Oberteil aus Stoff, 12,6 Mill. Paar Turnschuhe, 36 Mill. Paar Hauschuhe (davon 6,5 Mill. Paar aus Leder, 14,4 Mill. Paar aus Kamelehaaren) und 4,3 Mill. Paar sonstiges Schuhwerk. Interessant ist auch folgende Aufstellung der eben genannten Produktionszahlen:

Von den Lederschuhfabriken, von denen auf den Kopf der Bevölkerung gerade ein Paar entfiel, wurden 43 Prozent für Frauen, 36 Prozent für Männer und 21 Prozent für Kinder angefertigt.

Bemerkenswert ist auch die Verteilung der Schuhfabriken auf die verschiedenen Bezirke. Der Hauptteil der Leder Schuhindustrie ist die Pfalz, die 22,7 Prozent der Produktion liefert. Dann folgen Württemberg mit 19,9 Prozent, Sachsen mit 13,1 Prozent, Rheinland mit 12,2 Prozent und Bayern mit 12,1 Prozent. Von den Hauschuhfabriken kommen 30 Prozent aus Sachsen und Thüringen, 17,4 Prozent aus Brandenburg (Berlin!), 16,6 Prozent aus Hessen-Kassel (Höchst!) und 12,6 Prozent aus verschiedenen norddeutschen Ländern und Provinzen.

Das „Wiesbadener Tagblatt“ hat ausführlich über die kürzlich stattgefundene Jahrestagung des Gewerbevereins für Nassau berichtet, der in der mittelländischen Wirtschaft unseres Bezirkes eine wichtige Rolle spielt. Auch die gefasste Entschliessung, die die Forderungen von Handwerk und Gewerbe herausstellte, wurde wiedergegeben. Eine Ergänzung hierzu bildet die fast gleichzeitig in Hannover veranstaltete Kundgebung der beiden maßgebenden Spitzenverbände des deutschen Lebensmittelhandels Edeka und Rekoset, von denen der letztere den wirtschaftlichen, der letztere den berufständigen Zusammenschluß des Lebensmittelhandels darstellt.

Es wurde festgestellt, daß der Lebenswille des Lebensmitteleinzelhandels, der durch die Selbsthilfe der Edeka-Genossenschaften bezeugt wurde, den Nachweis erbrachte, daß der Kleinhandel nicht überlebt, vielmehr der genossenschaftlich organisierte Kolonialwarenhändler der leistungsfähigste Vermittler zwischen Erzeuger und Verbraucher ist.

Die furchtbare Krise habe neuerdings gezeigt, daß nur durch die Förderung und Stärkung der Individualwirtschaft geholfen werden könne. Der selbständige Lebensmitteleinzelhandel, der aus eigener Initiative zu wirtschaftlicher Bedeutung gelangt sei, habe das Recht, zu verlangen, daß seine erprobte Wirtschaft auch anerkannt und gefördert werde. Es liege unbedingt notwendig, gerade die mittleren und kleineren Betriebe vor steuerlicher Überlastung zu schützen, wie es

Deutsches Kapital im Donauraum.

Etwa ein Drittel der französischen Anlagen.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten, daß voraussichtlich noch für Ende dieser Woche die Einstellung des Zinsendienstes auf Österreichs gesamte Auslandsschulden zu erwarten sei, bezog das Österreichische Finanzministerium seine ausländischen Verpflichtungen nicht mehr in Devisen, sondern in österreichischen Schillingen erfüllen würde, ist es von Interesse zu erfahren, welche Kapitalverflechtungen zwischen Deutschland und dem Donauraum bestehen. Deutschlands Bedeutung als Geldgeber im Donauraum ist wesentlich geringer als die Frankreichs. Alles in allem dürften die französischen Forderungen an alle Donaustaaten (einschl. Tschechoslowakei) nach einer Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung sicherlich 3 Milliarden Mark erreichen. Deutschland besitzt in Anleihen aus den Donaustaaten dürfte etwa den Wert von 130 Millionen Mark erreichen, wobei mehr als drei Viertel dieser Summe auf ausgewertete oder gar noch unregelmäßige Vortragsanleihen entfallen. Die Exportkredite, die Deutschland den Donauländern gewährt hat, bewegen sich schätzungsweise zwischen 180 und 200 Millionen Mark. Hinsu kommen die Guthaben deutscher Banken außerhalb des Exportgeschäfts. Alles in allem wird man die kurzfristigen Forderungen Deutschlands im Donauraum mit etwas mehr als 300 Millionen Mark annehmen können. Die gesamten Kreditforderungen Deutschlands (kurzfristige und langfristige) können sich somit in Höhe von etwa 1/2 Milliarde Mark bewegen. Daneben ist deutsches Kapital noch an einer Reihe donauländischer Industrieunternehmen beteiligt. Davon sind in Österreich die Beteiligungen an den Alpen Montanwerken, an den großen elektrotechnischen Werken AG-Union und Siemens-Schuckert, und die Beteiligung des Hartmann-Konzerns an der Papierfabrik Ventan-Josefthal und schließlich die deutschen Anteile an den Vorarlberger Illwerke besonders wichtig. Auch im Verhältnis zur Tschechoslowakei spielen die Elektroverbindungen über die Grenze hinweg eine erhebliche Rolle. Daneben ist vor allem der Besitz der deutschen Mannesmannröhrenwerke an den Mannesmannröhrenwerken in Komotan zu nennen. Sehr eng sind auch die Beziehungen zwischen den Textilindustrien diesseits und jenseits der Grenze. Genauer bekannt sind 311 Fälle deutscher Beteiligungen in den Donaustaaten mit einem Nominalwert der Beteiligungen von 213 Millionen Mark. Außerdem mögen noch — im einzelnen unbekannt — Beteiligungen, Aktien- und Grundbesitze in ungefähre der gleichen Höhe bestehen. Die gesamten Beteiligungen Deutschlands können daher einen Wert von vielleicht 400 bis 500 Millionen Mark erreichen. Zu berücksichtigen ist bei vorstehender Darstellung, daß von der von Österreich beabsichtigten Stillhaltung nur die Anleiheverzinsung betroffen würde, denn die Privatverpflichtungen sind ja schon längst abhängig von den bestehenden Devisen-Verordnungen, so daß für die deutschen Privatgläubiger kein Anlaß zur Beunruhigung besteht.

Betriebseinstellung bei W. u. M.

Der mißglückte Versuch mit „Direktläden“.

In der Wirtschaftlichen Wochenschau war über den mißglückten Versuch der Vereinigten Textilwerke Wagner u. Moras A.G. in Jittau (Sachsen) mehrmals, zuletzt am 21. d. M., berichtet worden. Diese große Fabrikationsfirma der Textilindustrie wollte in ihren „W. u. M. Läden“ oder „Direktläden“ die Konsumenten — unter Umgehung der Detailgeschäfte (Spezialgeschäfte, Kaufhäuser) — auserkerhand beliefern. Ausschaltung des Händlerverdienstes, einfache Ausstattung der Läden sollte billige Preise ermöglichen. Das anfängliche Interesse des Publikums verfliegte rasch. Der W. u. M.-Konzern gab den Kampf um den Konsumenten aber noch nicht auf, sondern dehnte die „Direktläden“ auch auf Klein- und Landstädte aus, in der Hoffnung, dort besser mit dem Einzelhandel konkurrieren zu können. Es zeigte sich jedoch, daß auch an diesen Orten das Publikum die größere Auswahl des Einzelhändlers, der Er-

überhaupt erforderlich sei, die Existenz des Unternehmers gerade solcher Betriebe zu stärken. Befürwortet wurde die Einschaltung einer Reichswirtschaftsvertretung in Verbindung mit dem Reichsrat als zweiter Reichskammer der Gesetzgebung, damit die Berufsverbände den wechselnden politischen Machtfaktoren ihre Sachkunde und ihre sachliche Arbeit als einen dauernden Träger gesellschaftlicher Entwicklung gegenüberstellen könnten. In einer besonderen Entschliessung wurde auch auf dieser Kundgebung nachdrücklich die schnellste Durchführung der Pfaffenpauschalisierung bei der Umsatzsteuer gefordert.

Das Zugabewesen hatte sich in den letzten Jahren in Deutschland ganz außerordentlich entwickelt. Es kam schließlich dahin, daß als Gegenmaßregel gegen die Zugabe von Porzellanwaren durch Kaffeegeschäfte die Porzellan-Geschäfte ihrerseits beim Verkauf von Porzellan Kaffeepaale zugaben. Diese Gegenüberstellung charakterisiert die durch eine Übertreibung des Zugabewesens geschaffene Lage. Jetzt hat vor einigen Wochen der Gesetzgeber eingegriffen, um das Publikum vor irrtümlichen Vorstellungen zu schützen. Alle Zugaben sind natürlich keine reinen Geschenke, sondern sind in die Verkaufspreise einberechnet, wenn sie auch in vielen Fällen in Praxis eine Art Rabatt auf nach und nach bezogene größere Mengen einer Ware darstellen, also auch eine gewisse wirtschaftliche Berechtigung hatten. Die Rotverordnung über das Zugabewesen vom 9. 3. 1932 tritt nun in den nächsten Tagen, ab 10. Juni 1932, in Kraft. Es ist von diesem Tage verboten, im geschäftlichen Verkehr neben einer Ware oder einer Leistung eine Zugabe (Ware oder Leistung) anzubieten, anzukündigen oder zu gewähren.

Dieses Verbot gilt aber u. a. nicht, wenn die Zugabe zu Waren in einer bestimmten oder auf bestimmte Art zu berechnenden Menge gleicher Ware besteht.

Nach einem Gutachten des Reichswirtschaftsrates kann als wirklicher Rabatt eine derart zugegebene Ware nur in dem Fall angesehen werden, wenn es sich um eine mit der gekauften Ware absolut identische Zugabeware handelt, das heißt, wenn die als Rabatt gewährte Ware Zugabe bei einer Schnittware von demselben Stück geschnitten wird wie die Hauptware, oder wenn sie bei Kaffee, Tee, Schokolade, Seife, Zigaretten usw. in der Qualität der Hauptware gegeben wird. Würden als Rabatt lediglich Waren derselben Art, also zum Beispiel, Kaffee zu Kaffee usw., aber von anderen Qualitäten gegeben, dann könnten die meist vom Käufer schwer zu beurteilenden Qualitätsunterschiede so groß sein, daß die sonst vorhandene Begriffsidentität mit dem Rabatt fortfällt.

zeugnisse der verschiedensten Fabrikanten führt, bevorzugte. Da die Firma Wagner u. Moras zudem fast die gesamte bisherige Händlerkundschaft verlor, die nicht mehr von einem Fabrikanten kaufen wollte, der gleichzeitig mit eigenen Läden als Konkurrent auftrat, blieben die erwarteten Umsatzerhöhungen nicht nur völlig aus, es wurden sogar steigende Betriebseinsparungen notwendig. Und soeben kommt die Nachricht, daß mit Beginn dieser Woche der Betrieb völlig eingestellt wurde, wodurch 4000 Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitsstätte verlieren.

* **Abzinsung in der Asbach-Gruppe.** Die Seiffellerei Ewald u. Co. A.G. schließt nach 182 000 (74 000) M. Abschreibungen mit einem Verlust von 347 000 M. noch 109 000 M. Verlustvortrag kommen, so daß sich ein Gesamtverlust von 456 000 M. ergibt, zu dessen Deckung das Aktienkapital von 720 000 M. im Verhältnis 3:1 auf 240 000 M. zusammengelegt werden soll. Der überschüssige Buchgewinn von 24 000 M. wird in Reserve gestellt. — Die mit der Seiffellerei Ewald in Interessengemeinschaft stehende Schulz-Grünrad-A.G. Seiffellerei, Rüdelsheim i. Rhg., schließt mit einem Verlust von 303 000 M., der sich durch Verlustvortrag auf 340 000 M. erhöht. Zur Verlustdeckung wird das Aktienkapital von 1 Mill. auf 600 000 M. zusammengelegt. Der überschüssige Buchgewinn von 60 000 M. wird zur Reservebildung verwendet. — Beide Gesellschaften hatten verschärften Umsatzzrückgang zu verzeichnen trotz Preisentung um fast 20 Prozent. Die Verkäufer, die bei billigen Marken fast 60 Prozent ausmache, wirkte verheerend.

Schiffahrt.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie (Austral- und Kosmos-Linien).

Nach New York: D. „Albert Ballin“ ab Hamburg 1. 6., ab Cuxhaven 2. 6. D. „Hamburg“ ab Hamburg 8. 6., ab Cuxhaven 9. 6.
Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk (Gemeinschaftsdienst Hapag/Vlohd): D. „Elmshorn“ 2. 6.
Nach der Westküste Nordamerikas (Gemeinschaftsdienst Hapag/Vlohd): M. S. „Seattle“ 1. 6. D. „Schwanen“ 11. 6.
Nach Cuba und Mexiko (in Gemeinschaft mit der Ocean-Linie): D. „Sesostri“ 3. 6. M. S. „Rio Yauco“ 18. 6.
Nach Westindien (in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, Bremen, und der Reederei H. C. Horn, Flensburg): M. S. „Orinoco“ 11. 6. Ein Dampfer 18. 6. Dampfer „Eupatoria“ 25. 6.
Nach den Westindischen Inseln (in Gemeinschaft mit der Reederei H. C. Horn, Flensburg): D. „Teodosia“ 14. 6. D. „Georgia“ 12. 7.
Nach der Westküste Zentral-Amerikas (Gemeinschaftsdienst Hapag/Vlohd): M. S. „Seattle“ 1. 6.
Nach Uruguay und Argentinien: D. „Figuria“ 8. 6. Dampfer „General San Martin“ 11. 6.
Nach Mittelbrasilien: D. „General San Martin“ 11. 6.
Nach Südbrasilien (in Gemeinschaft mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und dem Norddeutschen Lloyd): D. „Paraguay“ 9. 6. Dampfer „Tenerife“ 30. 6.
Nach der Westküste Südamerikas (in Gemeinschaft mit der Roland-Linie, Bremen, und der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“, Hamburg): Ein Dampfer 7. 6. M. S. „Ofris“ 21. 6.
Nach Ostasien (Gemeinschaftsdienst Hapag/Vlohd): M. S. „Sauerland“ 1. 6. Ein Dampfer 4. 6.
Nach Niederländisch-Indien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft, AG, Hamburg, und der R. B. Niederländische Stoomvaart Maatschappij „Ocean“): D. „Kurmard“ 4. 6.
Nach Australien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft, Hamburg, des Norddeutschen Lloyd, Bremen, und der Reederei Alfred Holt u. Co., Liverpool): D. „Möbel“ 11. 6.